Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2019 *69. Jahrgang, Nr. 801/802*

Rücktritt aus Krankheitsgründen

Detlef Chilla gibt Amt als Bundesvorsitzender der VOS vorzeitig ab

Bereits im Juni dieses Jahres teilte der auf der letzten Generalversammlung in Friedrichroda zum Bundesvorsitzenden der VOS gewählte Kamerad Detlef Chilla der Bundesgeschäftsstelle seinen Rücktritt von diesem Amt mit. Grund für diese Entscheidung ist die zunehmende geschwächte Gesundheit, die ihm die weitere Ausübung dieses Amtes nicht mehr zulässt. Wie nahezu alle ehemaligen politischen Häftlinge des SED-Regimes hat Kamerad Chilla (Foto) in der Haft schwere, langzeitwirksame Schäden an der Gesundheit erlitten.

Kamerad Chilla hat sich während der zweieinhalbjährigen Amtszeit nach Kräften bemüht, die VOS würdevoll und geschichtsgerecht in der Öffentlichkeit zu vertreten. Er ist dabei vor allem in der Region von Mecklenburg-Vorpommern aktiv geworden. Auch für die Freiheitsglocke hat er mehrfach Berichte verfasst.

Die VOS dankt Detlef Chilla für seine Tätigkeit. Die Kameradinnen und Kameraden wünschen ihm, dass er in einem nunmehr ruhigeren Alltag seine Gesundheit schonen und uns als Mitglied des Verbandes erhalten bleiben kann.

Das Amt des Bundesvorsitzenden wird bis zur nächsten Vorstandswahl im Frühjahr 2020 von der bisherigen Stellvertreterin Maybrit Krüger ausgeführt. Kameradin Krüger hat, obwohl noch berufstätig, in den letzten Jahren sehr aktiv im Bundesvorstand mitgearbeitet und Verantwortung übernommen. Ob sie sich bei der nächsten Generalversammlung zur Wahl des Vorsitzenden stellen wird, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass es unserem Verband durchaus gut zu Gesicht stehen würde, wenn – Jahrzehnte nach der durchsetzungsfähigen Jutta Giersch – wieder eine Frau an der Spitze stünde.

Bundesgeschäftsführer/ Redakteur

Man kann nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen

Philharmonie Leipzig hält an Gysi-Auftritt fest

Was hat der Linken-Politiker Gregor Gysi mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun? Nichts, wofür man ihn ehren oder zu einem feierlichen Vortrag zu eben diesem Thema einladen müsste. Vielmehr war er ein Mitglied jener Partei, die die Wiedervereinigung mit Unrecht und Gewalt über Jahrzehnte verhindert hat. Zu guter Letzt, als das Volk der Ostdeutschen durch die Straßen zog, um sich vom fauligen Sozialismus zu befreien, war es Gysi, der sich geradezu selbstaufopfernd und mit hoher Bravour in den Talk-Schlachten der sensationssüchtigen Medien für die Staatspartei in die Bresche warf und durchaus entscheidend dazu beitrug, dass man die SED, egal mit welchem Namen und in welcher Struktur, nicht auf alle Zeit verbot. Und nun wurde Dr. Gysi für den 9. Oktober von der Leipziger Philharmonie eingeladen, über die Demonstrationen und den Sturz seiner Partei zu reden. Ein Widersinn, offenkundig – oder doch nicht?

Ganz sicher ist Gysi einer der besten Rhetoriker dieses Landes, und gewiss wird er in seiner zu erwartenden Rede keine DDR-Opfer und keine Widerständler kränken. Aber er ist im Sinne der Wiedervereinigung reaktionär und als Zeitzeuge somit nicht akzeptabel. Es wäre am einfachsten, er würde das selbst einsehen und auf den Vortrag verzichten. Ansonsten wäre zu befürchten, dass sich nach weiteren fünf Jahren Egon Krenz in Leipzig als Held der Einheit spreizen darf.

Was die Philharmonie selbst angeht, ist diese in ihrer künstlerischen Prägung gewiss eine eigenständige Institution, zugleich ist sie ein Juwel der deutschen Kulturszene. Ist sie aber auch unabhängig, und darf sie nach eigenem Gutdünken politisch agieren, indem sie gerade in Zeiten mehrerer Wahlen mit der Einladung an Gregor Gysi auch eine offene Werbung für Die Linke betreibt? Der Internetauftritt der Philharmonie beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein. Zu ihren Partnern gehören die Stadt Leipzig, das Goethe Institut, eine Bank, die Kulturstiftung Sachsen und mehrere namhafte Einrichtungen. Zudem wird dem Internetbesucher angeboten, auf unkomplizierte Weise Geld zu spenden. Es sind es demnach also doch auch öffentliche Mittel, die die Veranstaltung am 9. Oktober ermöglichen. Und das ist unfair und bedenklich. *B. Thonn*

Wie man auf der Titelseite dieser Fg nachlesen kann, hat nun unser Bundesvorsitzender aufgegeben. Es ist bedauerlich, aber das persönliche Befinden hat Vorrang. Und wir wissen: Nicht nur er, sondern wir alle haben durch die Haft Schäden erlitten und müssen auf unsere Gesundheit achten.

Im April nächsten Jahres, wenn wir den 70. Jahrestag der Gründung der VOS begehen, stehen Neuwahlen an. Es ist also ausreichend Zeit, sich Gedanken über die Neubesetzung zu machen. Wer aber wird für den Vorsitz kandidieren? Wir hatten in der Geschichte des Verbandes nicht immer Glück mit den Vorständen. Es gab mehrmals Rücktritte, und nicht immer stand die VOS gut da. Um nun eine langfristig haltbare, stabile Führungssituation zu schaffen, wäre es ratsam, dass sich der eine oder die andere aus dem Verband bereits jetzt Gedanken macht, ob er oder sie sich das Amt zutraut. Es wäre nicht die schlechteste Idee, wenn wir einen solchen Kandidaten vorab in der Freiheitsglocke porträtieren bzw. interviewen könnten, damit die Delegierten wissen, wen sie vor sich haben und welche Vorstellungen der neue Bundesvorstand (nicht nur der Vorsitzende) von der weiteren Durchsetzung der Interessen und Belange der ehemaligen politischen Häftlinge hat. Über einige Ziele, die wir uns gesteckt haben, ist mittlerweile der Mantel des Schweigens gebreitet worden. Die Entschädigung der in der Haft geleisteten Zwangsarbeit und die Dynamisierung der Opferrente waren erklärterweise solche Ziele. Es wird zu klären sein, wo wir stehen und ob wir den weiteren Verlauf dem Zufall überlassen wollen. Was wir brauchen, ist demnach ein starker Vorstand, der höflich und dennoch bestimmt gegenüber der Politik unsere Ansprüche vertritt und gegebenenfalls auch die Ellenbogen gebrauchen sollte, wenn man uns nicht beachtet. Als Verband sind wir noch immer eine Macht, dessen sollte sich ein Bundesvorsitzender bewusst sein. Wir sind als Opfer und Widerständler lebende Zeitzeugen, die vor allem für jüngere Generationen zunehmend Bedeutung bekommen und als solche gefragt sind. Das Zeitzeugen-Netzwerk in NRW spricht eine deutliche Sprache. Die Nachfrage nach ehemaligen politischen Häftlingen hat im ersten Halbjahr 2019 enorm zugenommen. Natürlich sind wir über die Einladung der Leipziger Philharmonie an Gregor Gysi empört. Damit wird ein Signal an das Ausland gesandt, das nichts mit Versöhnung zu tun hat, sondern eine Verfälschung der Geschichte und eine unzulässige Entlastung der Partei Die Linke darstellt.

Auf ein Wort des Redakteurs

Und wenn wir es zunächst als einen bissigen Scherz empfunden, dass man auch Egon Krenz für öffentliche Veranstaltungen anlässlich der Einheit ins Gespräch bringen könnte, so ist man geradezu fassungslos, wenn nun über diesen Gedanken ernsthaft diskutiert wird.

Wir lassen uns jedoch nicht entmutigen, vielmehr müssen wir uns besser aufstellen und für Wahrheit und Gerechtigkeit werben und dafür sorgen, dass man uns ernst nimmt. Damit meine ich nicht allein den Auftritt von Gregor Gysi. Die Politik hat sich insgesamt weit von uns entfernt. Zuletzt war es lediglich Katrin Göring-Eckhardt, die den Widerstand gegen die SED-Diktatur gewürdigt und sogar Oskar Brüsewitz erwähnt hat. Das ist wenig, fast nichts. Gerade was diese Partei angeht, stellt sich, zumindest mir, bei deren Nennung immer wieder die Frage, was ist vom ersten Teil des Namens geblieben? Bündnis 90. In den Nachrichten wird üblicherweise von Den Grünen gesprochen. Bei Parteitagen von Bündnis 90/ Die Grünen spielt die DDR keine Rolle mehr. Das Thema Umwelt, so wichtig es ist, dominiert die gesamte Politik. Die Angst vor einer Klimakatastrophe, die bei jedem Wetterumschlag gnadenlos geschürt wird, lässt sich von Politik und Medien quasi blindlings mit den Forderungen nach neuen Steuern, Fahr- und Flugverboten schüren. Erklärterweise geht es aber nicht um Inhalte, sondern um Geld. Es wird überlegt, wo man wie und wem auf möglichst plausible Weise in großen Mengen Steuern aufbrummen kann. Eigentlich wäre es naheliegend, zunächst über Maßnahmen und Wege des Klimaschutzes nachzudenken und dann abzuklären, wie viel Geld gebraucht wird. Denken wir mal an den Soli-Zuschlag: Wurde der nicht mit dem Versprechen eingeführt, ihn nur für gezielte Zwecke und für einen begrenzten Zeitraum zu verwenden? Im dreißigsten Jahr der Einheit gibt es ihn immer noch. Über die Verwendung erfährt man (fast) nichts. Auch vom Bau des neuen Berliner Flughafens sowie von der Einführung des von Anfang an umstrittenen Maut- Vorhabens lässt sich nur ein Fazit ziehen: Es wurde verantwortungslos mit öffentlichen Mitteln umgegangen.

Natürlich passieren Fehler. Aber man muss fragen, warum lernt man nicht aus ihnen? Warum handelt man nicht transparent und legt zunächst Konzepte vor, damit die Bürgerinnen und Bürger beurteilen können, welche Antriebsarten beispielsweise für Kraftfahrzeuge in Zukunft sinnvoll sind? Schweigen und Rechthaberei führen zu Misstrauen und erzeugen bei Wählerinnen und Wählern ein Gefühl der Unmündigkeit. Und nicht zuletzt ist zu fragen: Geht es unseren Politikern wirklich um Klimaschutz oder um die Vormachtstellung der deutschen Auto-Industrie?

Bei all dieser Kritik steht fest, dass die Notwendig des Klimaschutzes nicht in Frage gestellt werden darf. Aber da die Klimakatastrophe global wirkt, muss sie auch global bekämpft und die Abholzung des Regenwaldes gestoppt werden. Ob es Sinn macht, rundum auf Verpackungen zu verzichten, sollte man einmal mit Blick auf die DDR beurteilen. Das Wenige, das es in den Läden gab, wurde einem unverpackt in die Einkaufstasche geklatscht. Das war oft genug einfach unhygienisch. Feststeht: Das Umweltbewusstsein der Deutschen ist insgesamt sehr hoch, und eigentlich möchten alle helfen, diesen Planeten zu erhalten. Das trifft auch auf uns VOS-Mitglieder zu. Aber überzeugt und beteiligt werden wollen wir schon.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Der Volksaufstand vom Juni 1953 gewinnt wieder an breitem Interesse
Die Philharmonie Leipzig, Gregor Gysi und die geschichtlichen Fakten

Titelseite
Wenn die Gesundheit nicht mehr mitspielt. Zum Rücktritt des VOS-Bundesvorsitzenden Detlef Chilla
Und wie nun weiter?

Ein geschichtlicher Fauxpas und Werbung für die Linke
Ist Gregor Gysi das wahre Gesicht der Wiedervereinigung Deutschlands?

***Redaktionsthema*:**
Wo steht die VOS, wer soll sie anführen?
Zwischen Opfer-Interessen, Klimakatastrophe und politischer Demagogie 2

Gibt es noch Hoffnung?
Ein weiteres Treffen im Kampf gegen die Aufhebung des Rentenunrechts 4 - 5

Protestieren ist jedenfalls nicht verboten!
Ein Hinweis zur Veranstaltung am 9. Oktober in der Leipziger Philharmonie 5

Hongkong, eine Stadt im Aufruhr
Wird es den Demonstranten gelingen, die Diktatur aus dem Weg zu räumen? 5

Was damals geschah, ist gerade heute für die junge Generation wissenswert
Veranstaltungen zum Volksaufstand in den Alten und den Neuen Bundesländern mit Politikern und Schulklassen
Ausführliche Berichte aus Düren, Zittau, Potsdam und Darmstadt 6 - 9

Es waren mehr als tausend Mauertote
Thüringer VOS protestiert gegen Einladung Gysis in die Leipziger Philharmonie 7

Dreißig Jahre danach, und doch sind die Erinnerungen frisch und lückenlos
Einer der exquisitesten Zeitzeugen erinnert sich an den Zusammenbruch der DDR und die Wirrnisse um die Zukunft 10 - 12

Über das Schönreden der DDR
Eine Buchrezension 13

Wir müssen unsere Stimme selbst erheben, denn andere werden es für uns nicht tun
VOS-Landesgruppe Thüringen mit neuem Selbstbewusstsein und mit Tatkraft 14 – 15

Auch Psychiatrie-Opfer können viel berichten
Ein Angebot an das zentrale Zeitzeugen-Büro 15

Opferverbände wurden nicht beteiligt
Die Stadt Neubrandenburg hält an Ehrung für Karl Marx fest. Warum? 16

Ein Verlust, der sehr schmerzt
Zum Tode unseres verdienstvollen Kameraden Wolf-Peter Rubner 16

Dieses Verhalten einer Behörde macht keinen guten Eindruck
Briefe wurden nicht einmal als Einschreiben registriert 16

Das blutige Erbe darf nicht anonym bleiben
In sächsischen Gerichtsakten finden sich die Namen der unschuldigen Todesopfer 17

Opferrente: Es geht auch um die Einzelfälle
Anerkennung aller politisch Inhaftierten sollte unbedingt überprüft werden 17

Die Angst der Diktatur vor einem nicht mal ausgeführten Jungenstreich
VOS gibt Buch über Hafterlebnisse heraus 18

Wir verdanken ihr viel
Mit Rosel Werl verliert die VOS eine Frau, die sich engagiert für das Gedenken einsetzte 19

Dieses Event ist nicht mehr wegzudenken
Brandenburger Forum und VOS unterstützen weiterhin den Mauerweglauf 19

Warte und verzweifle nicht
Haftlyrik im Stalinismus 20

Rezensionen 13, 18
Nachtrag, Tagebuch 12, 16
Briefe 15, 16, 19
Nachrufe, Verstorbene 9, 13, 19
Impressum / Lyrik 20

Danke an die großartigen Spender. Die VOS wird 70

Petra Heiber, Günter Jacobi, Günter Jäger, Karl-Heinz Ulrich, Christel Haustein, Roland Steinbach, Helmut Günther, Dieter Wendt, Karl-Günter Wehling, Gerd Ahnert, Gerhard Bohne, Reinhard Golde, Stefan Hensel, Martin Pescheck, Günter Hammer, Bringfried Schneider, Beate Rusch, Irene Petzel, Horst Lindemuth, Karl-Heinz Hammer, Gottfried Hoyer, Paul Radicke, Rolf Unger, Friderun und Egon Seel, Horst Wagner, Jakob Bittermann, Herbert Thomas, Herta Lahne, Karin Langschaedel, Wolfgang Lehmann, Rolf-Dieter Weske, Günter Scharf, Heinz-Jürgen Klein, Günter Schünemann, Hans-Joachim Markgraf, Gisela Gärtig, Bernd-Uwe Strate, Rosel Werl, Irma Sann, Rudolf Schrader, Günther Zausch, Rainer Hohmuth, Roland Fiedler, Dr. Bernd Palm, Werner Röstel sowie die Stadt Düren.

E r k l ä r u n g
von Detlef Chilla zum Rücktritt vom Amt als Bundesvorsitzender der VOS

Liebe Kameradinnen und Kameraden, Bundesvorstand, Geschäftsführer der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., seit mehr als einem Jahr leide ich verstärkt unter Problemen mit meiner Gesundheit. In diesem Jahr wurde es nun besonders schlimm, so dass ich mich entschlossen habe, vom Amt des Bundesvorsitzenden zurückzutreten. Es ist eine Entscheidung, die mir nicht leicht gefallen ist, aber was nützt dem Verband ein Vorsitzender, der seinen Aufgaben und Pflichten nicht gerecht werden kann? Ich danke hiermit allen Kameradinnen und Kameraden, die mich gewählt und mich unterstützt haben. Ich bleibe natürlich weiter Mitglied der VOS und setze mich im Rahmen meiner Möglichkeiten für die Ziele der SED-Opfer ein. Es ist wichtig, dass es unseren Verband gibt und wir unsere Stimme in der Öffentlichkeit erheben können. Ich bitte um euer Verständnis für meine Entscheidung und wünsche meinem Nachfolger bzw. meiner Nachfolgerin Kraft im Kampf für die Interessen der Opfer des Stalinismus.

Mit kameradschaftlichen Grüßen, euer Detlef Chilla

Schlimmer kann man die SED-Opfer nicht vor den Kopf stoßen

Vertreter der Verfolgtenverbände schilderten den Politikern der CDU/CSU-Landesgruppe NRW im Jacob-Kaiser-Haus ihre Sicht zum Rentenunrecht gegenüber den DDR-Flüchtlingen

Am 26.juni 2019 trafen sich je zwei Vertreter der UOKG, der IEDF sowie Kamerad Felix Heinz Holtschke von der VOS mit führenden Politkern aus der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion Nordrhein-Westfalens im Jacob-Kaiser-Haus in Berlin.

Dies waren:

MdB Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im BMI (2. Von links),

MdB Wilfried Oellers (rechts),

Karl-Heinz Aufmuth, Geschäftsführer der Landesgruppe der CDU/ CSU in NRW,

Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG (3. Von links),

Benjamin Baumgart, UOKG,

Dr. Jürgen Holdefleiss, Vorsitzender der IEDF (3. Von rechts),

Helfried Dietrich, IEDF (links),

Felix Heinz Holtschke, VOS-Landesvorsitzender NRW (2. von rechts),

Kamerad Hugo Diederich, der als Geschäftsführer VOS ebenfalls teilnehmen sollte, konnte aus organisatorischen Gründen nicht in den Besprechungsraum geführt werden.

Widerstand leistet vor allem die CDU im Osten

Das Gespräch, initiiert im Frühjahr dieses Jahres vom Beauftragten der NRW-Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Heiko Hendriks, fand in einer freundlichen Atmosphäre statt und dauerte etwa 75 Minuten.

Die teilnehmenden Bundestagsabgeordneten wurden von den Vertretern der Opfer- und Flüchtlingsverbände so weit wie zeitlich möglich, auch unter Verweis auf die beim Deutschen Bundestag eingereichte Petition, in die Thematik eingeführt. Unsere vorgetragenen Argumente fanden bei den CDU-Gesprächspartnern Verständnis und auch Zustimmung, Dr. Krings verwies jedoch auch auf innerparteilichen Widerstand, insbesondere von Seiten der Ost-CDU.

Die Klageannahme endete nach vier Jahren mit einer Annahmeverweigerung!

Darüber hinaus liegt bereits eine negative Zwischenantwort seitens des BMAS vor, die vom Petitionsausschuss in Aufrag gegeben worden ist, worin die darin vorgetragenen rechtlichen Sachargumente der Betroffenen jedoch in keiner Weise juristisch widerlegt worden sind.

Als negativ für die Petenten erweist sich zudem die Tatsache, dass für eine nachträgliche Korrektur der Handhabung des Fremdrentengesetzes, dass keine Mittel im Koalitionsvertrag der GroKo eingestellt worden sind. Zwecks Abschätzung des zu erwartenden finanziellen Aufwandes im Falle einer Revision im Sinne der eingereichten Petition wurden Zahlen genannt: Eine frühere Schätzung spricht von ca. 300.000 Betroffenen; eine Rückabwicklung wäre per geltender Gesetzeslage auf maximal 4 Jahre begrenzt.

Zur Frage der politischen Entscheidung der CDU/CSU-Fraktion im Falle einer Befürwortung der fragwürdigen Fremdrenten- Festlegungen im RÜG zugunsten der Anspruchsberechtigten durch die Fraktion Die Linke im Rahmen einer geplanten Großen Anfrage im Deutschen Bundestag machte Dr. Krings den anwesenden Vertretern der Verbände wenig Hoffnung. Es sei wenig wahrscheinlich, dass die CDU/CSU-Fraktion mit Der Linken parlamentarisch an einem Strang ziehen würde, so sinngemäß Dr. Krings, auch wenn in der Sache positiver Konsens bestehen sollte.

Der Weg der Klage gegenüber dem Bundesverwaltungsgericht brachte – wie bereits in der Fg berichtet – in der Vergangenheit keine Wende zugunsten der Betroffenen. Sogar die Klage eines Betroffenen im Jahr 2012 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe endete desaströs und demütigend für alle Hoffenden. Die Klageannahme endete nach 4-jährigem Schubladendasein mit einer Annahmeverweigerung! Auch unsere Demonstration vor den Toren des höchsten deutschen Gerichts am 21. Juni 2016 endete ohne jegliches Gehör. → *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

So bleibt aus derzeitiger Sicht der Vereinigungen einzig und allein die Möglichkeit, erneut das Gespräch mit dem in der Angelegenheit federführenden BMAS, und zwar in persona mit Ministerialdirektor Flecken bzw. dessen Nachfolgerin Frau Dr. Brall zu suchen, um auf diesem Wege ein Umdenken der Entscheidungsträger in der für uns vehement wichtigen Rentenfrage zu bewirken. Die CDU/CSU-Fraktion NRW würde derartige Bemühungen unterstützen und gegebenenfalls dafür organisatorisch auch den Weg bereiten. Hierzu ist jedoch Eile geboten, um einem endgültigem (negativen) Petitionsbescheid des Bundestagsausschusses an die Petenten UOKG, IEDF und VOS zuvor zu kommen!

Im weiteren Verlauf wurde auch die Gesamtsituation bzw. die öffentliche und mediale Wahrnehmung der SED-Opfer- und Flüchtlingsorganisationen diskutiert. Aus Sicht der Verbände ist ein diesbezüglicher negativer Trend unübersehbar. Die jüngste Debatte im Deutschen Bundestag am 6. Juni 2019 anlässlich des 30. Jubiläums der Friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR machten die neuerlichen geschichtsfernen Tendenzen sehr deutlich. Ehemalige politische Häftlinge der zweiten deutschen Diktatur sowie Ausreisewillige und Flüchtlinge aus dem SED-Staat fanden keine Erwähnung mehr, weder in der Debatte, noch in den entsprechenden Resolutionen der CDU/CSU bzw. der FDP, wo gerade sie doch die mutigen Wegbereiter und Katalysatoren für den Zusammenbruch des Systems DDR waren. Auch in den Kommissionen zur Vorbereitung des 30. Jahrestages des Mauerfalls am 9. November 2019 sind die Opferverbände nicht bzw. völlig unterrepräsentiert.

Als peinlicher Höhepunkt der Feierlichkeiten am 9. November dieses Jahres zeichnet sich eine Festveranstaltung in der Nikolai-Kirche zu Leipzig mit dem Festredner Gregor Gysi ab, dem letzten Generalsekretär der SED, der Mauerschützenpartei. (Bitte hierzu die Anmerkung am Ende des Beitrags beachten.)

Schlimmer kann man die ehemals Verfolgten des SED-Regimes an solch einem Glückstag der Deutschen nicht vor den Kopf stoßen!

Dem gezeigten Unverständnis der CDU- Vertreter zu diesen unerfreulichen Entwicklungen sollten unbedingt entsprechende korrigierende Aktivitäten folgen. Das wäre die herzliche Bitte der Gesprächsteilnehmer von UOKG, IEDF und VOS an ihre Gastgeber!

Über die Themen Opferrente bzw. deren Dynamisierung konnte aus Zeitgründen nicht mehr gesprochen werden.

Wir danken für das freundliche und konstruktive Gespräch.

Felix Heinz Holtschke
Landesvorsitzender der VOS in Nordrhein-Westfalen

Angemerkt

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die hier genannte Festveranstaltung am 9. Oktober in Leipzig nicht von öffentlichen Stellen (Stadt Leipzig, Bund oder Land Sachsen) ausgerichtet wird. Es handelt sich um eine Einladung der Leipziger Philharmonie, auf deren Inhalt und Gestaltung bzw. Nominierung von Rednerinnen, Rednern und sonstigen Gästen behördlicherseits kein Einfluss genommen wurde. Es ist dennoch nicht verboten, im gesetzlich zulässigen Rahmen gegen die Einladung von Gregor Gysi als Redner zu protestieren.

Die Leipziger Philharmonie begeht das Jubiläum der Herbst- Demos im Abstand von jeweils fünf Jahren. Die Einladung an Gregor Gysi wurde durch die Leitung der Philharmonie aufrechterhalten, obwohl sich seit deren Bekanntwerden nicht wenige frühere Bürgerrechtler kritisch und ablehnend dazu geäußert haben, da sie es für völlig irrelevant halten, Gysi mit dem positiven Verlauf des demokratischen Einheitsprozesses in Zusammenhang zu bringen.

Der Objektivität wegen ist jedoch festzuhalten, dass Gregor Gysi noch in den 1990er Jahren als führende Kraft in der damaligen PDS angeboten und gefordert hat, die ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur finanziell zu entschädigen, wobei die Summe weit über der viel später erst erkämpften Opferrente lag.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Hongkong: den Würgegriff des Kommunismus lockern oder sich endlich ganz davon befreien?

Seit Monaten schauen wir mit Bangen und mit Hoffnung nach Hongkong. Wird es den Menschen in der modernen Metropole gelingen, sich vom Joch der Kommunisten zu befreien oder werden bald schon die Panzer rollen, wie wir das im Juni 1989 mit Schrecken erlebt haben? Wir wissen, das Regime in Peking, das ohne Sinn für Menschenrechte ist, wird es diesmal nicht so leicht haben, die Demonstrierenden niederzuschießen und hinter Gitter zu bringen. Zu gut sind die Aufständischen diesmal organisiert, zu viele sind es, die ihren Platz Seite an Seite mit den anderen Widerständlern auf den Straßen, Plätzen und Bahnhöfen gefunden haben.

Wir als Verband von Opfern und Widerständlern aus mehr als viereinhalb Jahrzehnten kommunistischer Diktatur wissen um die Grausamkeit kommunistischer Regimes, wir wünschen den Menschen, dass ihr Kampf für Freiheit und Demokratie erfolgreich verläuft und es keine Opfer geben wird. Wir entsenden hiermit unsere Wünsche und die Zusicherung unserer Solidarität.

Zugleich erinnern wir an das Grußtelegramm, das Egon Krenz nach der Niederschlagung des Aufstandes vor dreißig Jahren im Auftrag seiner Partei an die Regierung in Peking gesandt hat. Er drückte darin seine Zustimmung zu dem blutigen Angriff auf Wehrlose aus. Dies war eine Handlungsweise, die uns bis heute mit Empörung erfüllt und für die es seitens der SED nie eine Entschuldigung gegeben hat.

Stattdessen wird Gregor Gysi als Aushängeschild der Nachfolgepartei *Die Linke* in diesem Oktober zu einer Gedenkveranstaltung zur Philharmonie Leipzig eingeladen, um über die Demonstrationen des letzten Herbstes einer in ihrer eigenen Verzweiflung versinkenden Regierung zu referieren. Wird er auch erklären, was geschehen wäre, hätte es damals keinen Gorbatschow, sondern schon einen Putin gegeben. Wäre Leipzig nicht wie kurze Zeit zuvor Peking in einem Blutbad versunken.

Tom Haltern

Das Vermächtnis: So geht man nicht mit Opferorganisationen um!

Gedenkfeier zum 66. Jahrestag des Volksaufstandes im Juni 1953 auch in Düren (NRW)

Auch in diesem Jahr fanden anlässlich der 66-jährigen Wiederkehr des Volksaufstandes vom Juni 1953 mehrere Veranstaltungen statt, an denen die VOS als Organisator beteiligt war und für die vorab wichtige Politiker gewonnen werden konnten. Erfreulich auch die Teilnahme von Schulklassen und deren Bereitschaft, sich unter der Mitwirkung von Zeitzeugen intensiv mit den Hintergründen und Auswirkungen zu befassen.

Waren es in den früheren Jahren meist die Kommunen in den Neuen Bundesländern, in denen Gedenkfeiern stattfanden, so gab es in diesem Jahr auch Veranstaltungen im westlichen Teil Deutschlands. So reiste in Düren (NRW) zu diesem Anlass der Landesbeauftragte Heiko Hendriks (obere Foto-Reihe links) an. Als Gastgeber konnte dabei der Bürgermeister Paul Larue dieser Stadt gewonnen werden.

In einer Rede, die die Situation der Opfer in der heutigen Zeit, aber auch die Rolle und die Gefahr des Widerstands in der SBZ/ DDR ausleuchtete, informierte der Landesvorsitzende der VOS in NRW Felix-Heinz Holtschke (obere Foto-Reihe rechts mit seinem Stellvertreter Peter Hippe) vor allem die anwesenden Jugendlichen, die mit eigens gefertigten Plakaten für Freiheit und Demokratie warben, über die Gefahren der linksgerichteten Diktaturen.

Lesen Sie nachstehend den Inhalt der Rede, die der VOS-Landesvorsitzende NRW Felix-Heinz Holtschke am 17. Juni in Düren hielt.

Wir haben uns heute, 66 Jahre nach den revolutionären Ereignissen am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland, der ehemaligen DDR, hier in der Stadt Düren an diesem grauen Gedenkstein versammelt, um einem geschichtsträchtigen Ereignis für uns Deutsche zu gedenken: Der Stadt Düren, die am 16. 11. 1944 von einem der schwersten Luftangriffe der britischen Royal Air Force nahezu dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Weshalb steht dieser in der Vergangenheit fast vergessene und heute mit Blumen und unseren Kränzen dekorierte Gedenkstein hier, im Herzen der Stadt und direkt vor der Tür des Rurtal- Gymnasiums und nicht in Ostberlin, Magdeburg, Dresden oder Görlitz?

Es waren unsere ehemaligen Kameraden aus Mitteldeutschland, erklärte oder denunzierte Gegner der SED-Diktatur und politische Häftlinge, die nach Verbüßung oft langer Haftstrafen oder durch Flucht vor den kommunistischen Häschern sich in dieser, Ihrer Stadt, zusammentaten in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, der ältesten SED- Opferorganisation – gegründet im Jahre 1950 – diesen Stein aufgestellt haben aus Dankbarkeit über die gewonnene Freiheit im demokratischen deutschen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, aber insbesondere im Gedenken an ihre zurückgelassenen Kameraden, die Opfer der Verfolgung nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vor 66 Jahren oder gebrochen wurden infolge des Martyriums in den Zuchthäusern von Bautzen, Brandenburg, Cottbus oder Berlin-Hohenschönhausen und es nicht mehr in den Westen geschafft haben. → *Seite 7 oben*

→ von Seite 6 unten

Seit zwei Jahren versuchen wir Mitglieder der VOS in Nordrhein-Westfalen, diesem Gedenkstein, d.h. seinem historischen Anliegen wieder Leben einzuhauchen. Und wir freuen uns darüber, dass Sie heute alle unserem Aufruf zum Gedenken an die historischen Ereignisse in der ehemaligen DDR vor 66 Jahren gefolgt sind. Vor allem aber über die Anwesenheit zahlreicher politisch interessierter Schülerinnen und Schüler aus den drei städtischen Gymnasien, die von uns lebenden Zeitzeugen hautnah erfahren können, wie es sich anfühlt, in einer Diktatur, und genau das war die SED-Herrschaft, von 1949 bis 1989 in der untergegangenen DDR, gelebt und gelitten zu haben!

Uns ist und bleibt der Volksaufstand vom Juni 1953 wichtig als ein Tag, an dem das von Stalinismus unterdrückte Volk in einem Teil von Deutschland erstmals seit der Weimarer Republik aufstand und nach Freiheit, Selbstbestimmung und der Einheit des seit 1945 geteilten deutschen Vaterlandes rief.

Der Aufstand wurde blutig von der kommunistischen Besatzungsmacht und der Staatssicherheit niedergeschlagen. Danach wütete im Auftrag des Staatspräsidenten Pieck die Justiz unter Justizministerin Hilde Benjamin. Sieben Todesurteile wurden ausgesprochen und vollstreckt, weit über 50 Menschenleben kostete der Aufstand selbst.

Doch wir dürfen stolz sein auf dieses historische Ereignis und sollten uns immer davon inspirieren lassen und es dem Fast- Vergessen entreißen! Denn nach den dunklen Zeiten des Nationalsozialismus haben die Deutschen der ganzen freiheitlichen Welt gezeigt, dass auch sie demokratietauglich sind und sich nach Demokratie, Frieden und Freiheit sehnen.

Und diesen Funken des Freiheits- und Einheitsgedankens konnten die kommunistischen Machthaber nicht mit den Stiefeln der Staatssicherheits-Schergen tot treten, trotz des Baus der Berliner Mauer und der Verminung der innerdeutschen Grenze am 13. August 1961!

36 Jahre nach dem Volksaufstand heute vor 66 Jahren erschütterten rund um den 40. Republikgeburtstag der DDR Hundertausende friedliche Demonstranten das SED-Machtgefüge auf das Äußerste. Diese friedliche Revolution, insbesondere auf den Straßen von Leipzig, Dresden und Berlin, derer wir in diesem Jahr zum 30. Mal gedenken und feiern können, hob das verhasste sozialistische DDR-Regime endgültig aus den Angeln. Am 9. November 1989 war es endlich soweit: Unter dem Druck der freiheitsliebenden Bürgern sah sich die DDR-Führung gezwungen, die Mauer in Berlin für den freizügigen Personenverkehr zu öffnen. Der Weg zur Wiedervereinigung, dem erklärten Ziel des Grundgesetzes seit dessen Verkündung im Jahre 1949, das seinerzeit bei einigen Parteien leider bereits in Vergessenheit geraten war, wurde unerwartet frei. Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl hat diese Chance konsequent genutzt und die Deutsche Einheit formal am 3. Oktober vollendet. Ihm gebührt dafür unendlicher Dank, dem wir ihm im November dieses Jahres anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls postum freudig erweisen sollten.

Der Deutsche Bundestag gedachte am 6. Juni in einer Plenarsitzung dem historischen Ereignis „30 Jahre friedliche Revolution“. CDU/CSU und SPD sowie die FDP veröffentlichten entsprechende Entschließungen. Als Opferorganisation sind wir sowohl über die Debatte als auch über die Resolutionsinhalte enttäuscht. Ehemalige politische und freigekaufte Häftlinge und Flüchtlinge, die es todesmutig vor 1989 über den Eisernen Vorhang in den Westen geschafft haben, finden in den Resolutionen keine Erwähnung, geschweige unsere politischen und materiellen Forderungen. Dies, obwohl unsere Aktivitäten wesentlich zur Destabilisierung und letztlich zum Zusammenbruch der DDR beigetragen haben. So geht man nicht mit Opferorganisationen um, die in die Resolutionsprozesse auch in keiner Weise eingebunden worden sind. Unser Credo: Wehret den Anfängen der Geschichtsrevision! Und vor allem: Wir werden uns nicht unterkriegen lassen und sehen dies als steten Auftrag, ja als Vermächtnis im Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953! *Felix-H. Holtschke*

Die Geschichtsklitterung wird unvermeidbar sein

Erklärung des VOS- Landesvorstandes Thüringen zur Einladung der Leipziger Philharmonie an Gregor Gysi zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution

Erinnern wir uns: Herr Gysi war von April 1988 bis Dezember 1989 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Ost-Berlin und gleichzeitig Vorsitzender des Rates der Vorsitzenden der 15 Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR. Gerade letztere Funktion war sogenannte Nomenklatura, die nur mit Zustimmung des ZK der SED besetzt werden durfte. Ein Regime, das ebenfalls eine unfassbare Blutspur und brutale Gewalt innerhalb seiner Existenz aufweist. Stellvertretend sei an die über 1.000 Toten an der innerdeutschen Grenze, die über 220 000 politischen Gefangenen und an die unzähligen Menschen, die durch sogenannte Zersetzungsmaßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit unsägliches Leid über sich ergehen lassen mussten, gedacht. Selbst als dieses Regime schon für jeden normal denkenden Menschen sichtbar am Ende war, hat Gysi noch am 12. September 1989 versucht, die Prager Botschaftsflüchtlinge zu einer Rückkehr in die DDR zu bewegen.

Wir betrachten das als einen Schlag in das Gesicht all jener Menschen, die im Herbst 1989 endlich auf die Straße gingen, um Demokratie und Freiheit einzufordern.

Wir ehemaligen politischen Häftlinge haben absolut kein Verständnis dafür, dass die Leipziger Philharmonie sich Herrn Gysi als Festredner zum Gedenken an dieses wichtige Ereignis jüngerer deutscher Geschichte aussuchte. Wir fordern die Leipziger Philharmonie auf, sich von diesem Festredner zu trennen und stattdessen einen der damals engagierten Bürgerrechtler einzuladen. Sonst betreibt die Leipziger Philharmonie Geschichtsklitterung. Und das darf niemals geschehen. Im Namen von 110 Menschen, die politisch rehabilitiert wurden.

Der Landesvorstand der VOS Thüringen (leicht gekürzt)

Gedenken und Erinnern ohne politische Werbung

Gedenkfeier am 17. Juni in Zittau mit neuem Konzept erweist sich als sinnvoll

Wir haben in Zittau einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur. Zu unserem jährlichen Treffen haben wir im Vorfeld alle uns lokal bekannten politischen Organisationen ausdrücklich ausgeladen. Wir wollten keinen Wahlkampf, wir wollten Gedenken und Erinnerung.

Dieses neue Konzept einer Gedenkfeier hat uns Gäste beschert, an die wir vor Jahren nicht gedacht hätten. Ganz besonders freuten wir uns daher über die offiziellen Vertreter der Stadt Zittau (angeführt vom ersten Stellvertreter des Bürgermeisters), über eine Schülergruppe der Richard-von-Schlieben-Oberschule Zittau sowie über Bürgerinnen und Bürger aus Zittau und Umgebung, die unserer Ankündigung in der lokalen Presse gefolgt sind. Es ist gewinnbringend und im Sinne eines geschichtsbezogenen Rückblicks, der Opfer zu gedenken, an Freiheit als hohes Gut zu erinnern, ohne dass Vertreter der Politik diese Form öffentlicher Auftritte für eine wie auch immer geartete Partei- und Wahlpropaganda nutzen.

Nach der Feierstunde wurde vereinbart, dass Vertreter der VOS im nächsten Schuljahr am Unterricht der Klasse teilnehmen, wenn der Volksaufstand vom Juni 1953 behandelt wird.

Dieses erfolgreiche Konzept wollen wir auch künftig beibehalten, was jedoch nicht heißen soll, dass wir die Zusammenarbeit mit den Politikern auf allen anderen Ebenen nicht zu schätzen wissen und diese nicht auch weiter anstreben.

Hartmut Fournés / Fg
VOS Zittau, Zweiter Vorsitzender

Mit dem Fahrrad und einem Zeitzeugen durch die Grenzgeschichte

Brandenburgs Landesbeauftragte stellt die Weichen zur weiteren Zeitzeugen-Arbeit

Authentische Geschichtsaufarbeitung wurde mit Blick auf den 17. Juni auch in Potsdam bzw. im Bundesland Brandenburg organisiert. Ein von der Landesbeauftragten akribisch vorbereiteter Projekttag mit dem Thema „Unterwegs im ehemaligen DDR-Sperrgebiet“ hatte den Einsatz des im Bundesland Brandenburg ansässigen Forums zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur an den Schauplätzen des eiskalten Krieges im ehemals abgesperrten Grenzgebiet zwischen Potsdam und Berlin zum Inhalt. Zeitzeuge und Vorstandsmitglied Manfred Kruczek verabredete sich hierzu mit einer Schüler-Gruppe des Bertha-von-Suttner- Gymnasiums aus Potsdam- Babelsberg sowie einer Schulklasse des Zehlendorfer Dreilinden-Gymnasiums (früher West-Berlin) zu einem Vormittagstreff mit dem Fahrrad am Babelsberger Schloss, von wo der geschichtsnahe Lehrpfad entlang der einstigen Grenzlinie ging.

Sperranlagen, Zaunelemente sowie die Aufzählung der Schicksale von 140 Mauertoten gehörten wie andere Geschichtsfakten zu den Erläuterungen der Tour, die auch Station an einer Ausstellung machte und während der Zwischenstopps u. a. Anmerkungen zum eintönig tristen Dasein der Anwohner des Sperrgebiets beinhaltete.

Am Heiligen See wurde ein Eindruck vermittelt, wie Flüchtlinge versuchten, die DDR an dieser Stelle, aber auch auf anderen Gewässern – Hartmut Richter beispielsweise durchschwamm den Teltowkanal – zu verlassen. Viele Fakten konnten dann während des Zeitzeugen-Gesprächs am Nachmittag geklärt werden. Viele Fragen blieben jedoch auch offen, was sicherlich daran liegt, dass auch hier nur wenige Hinweise auf die einstige unmenschliche Grenze erhalten geblieben sind. Dennoch wird durch die Intensivierung der Projektarbeit viel erreicht. Schon vor dem Treffen am 17. Juni äußerten sich die Jugendlichen erwartungsvoll und in gewisser Weise bestürzt. Kann man Menschen, die in diesem Jahrtausend geboren sind, verständlich machen, dass es einst unmöglich war, jemanden zu treffen, der nur wenige Kilometer entfernt wohnt, der dieselbe Sprache spricht und die gleiche deutsche Geschichte hat? Speziell mit dieser Veranstaltung auf historischem Grund ist viel erreicht worden. Umso wichtiger ist die geplante Fortführung der Wissensvermittlung im Hinblick auf den 13. August 2019, denn dann wollen die Schulen, das Forum Brandenburg und natürlich die Landesbeauftragte gemeinsam des schicksalhaften Mauerbaus gedenken. *ARK*

Sind wir die Mohren, welche ihre Schuldigkeit getan haben?

Gedenkfeier zum 17. Juni in Darmstadt verbindet sich auch mit unguten Erinnerungen

Die VOS-Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz hatte für den 16. Juni 2019 zu einer Gedenkfeier für die Opfer des Volksaufstandes 1953 in Ost-Berlin und der DDR sowie den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft an der Gedenktafel im Zentrum Darmstadts eingeladen. Neben zahlreichen VOS-Mitgliedern waren u. a. auch die Staatsministerin a. D. Karin Wolff, der Vorsitzende der Jungen Union Darmstadt Kevin Kunkel, sowie der ehemalige VOS- Bundesvorsitzende Ehrhard Göhl der Einladung gefolgt.

Auch 66 Jahre nach der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes war und ist es für unseren Landesverband eine außerordentliche Verpflichtung, die Erinnerung an den heldenhaften und tapferen Kampf der damals Streikenden und sich gegen das brutale Vorgehen der SED- Schergen und der russischen Besatzungstruppen mit bloßen Händen zur Wehr setzenden Arbeiter wach zu halten und ihnen den hochverdienten Respekt und die Würdigung zu zollen. Dieser von Millionen Menschen getragene Aufstand gegen die SED-Diktatur, gegen Unfreiheit, Unterdrückung, Rechtlosigkeit und für die Wiedervereinigung Deutschlands sowie freie und gesamtdeutsche Wahlen war und ist eines der herausragenden Ereignisse der deutschen Geschichte und für uns alle im besonderen Maße geeignet, damit stolz und selbstbewusst umzugehen.

Doch wie traurig und deprimierend sieht die Situation im heutigen, wiedervereinten Deutschland tatsächlich aus? Schon seit Mitte der 1980er Jahre vollzog sich deutlich ein spürbarer Wandel und ein auf Distanzgehen der Politiker uns Opfern gegenüber. So lehnten es zum Beispiel das Bundesland Rheinland-Pfalz und die Landeshauptstadt Mainz strikt ab, öffentliche Veranstaltungen zu Ehren der Opfer des Volksaufstandes und des Kommunismus durchzuführen und in Mainz einen Gedenkstein oder wenigstens eine Gedenktafel zu errichten. Meine Anfragen an die Stadtverwaltung in Mainz bezüglich einer gemeinsamen, öffentlichen Gedenkveranstaltung mit der VOS als Organisator wurden immer wieder brüsk abgelehnt. Einer der traurigen Höhepunkte meiner Anfragen war im Jahre 2013 an die Landesgeschäftsstelle der CDU in Mainz, bei der ich aufs übelste beschimpft und mit der unglaublichen Aussage mir gegenüber konfrontiert wurde, ich solle sie gefälligst mit diesem „Scheißdreck“ in Ruhe lassen und mich an irgendeine andere Partei wenden. Nach einer kurzen Phase der Schnappatmung konnte ich doch noch meine Frage stellen, ob sie denn wenigstens bereit wäre, mir diese Aussage schriftlich zukommen zu lassen. Ich würde mir diese gern übers Bett hängen, damit ich sie bei der nächsten Wahl nicht vergesse. Ob allerdings ihr Telefonhörer den darauffolgenden, heftigen Aufschlag unbeschadet überstanden hatte, entzog sich meiner Kenntnis.

Aber auch im benachbarten Bundesland Hessen bläst uns ein deutlicher Gegenwind entgegen, wenn auch nicht ganz so drastisch wie im rotgestrickten Rheinland-Pfalz. So zum Beispiel hatte man es im hessischen Darmstadt fertiggebracht, einen in den 1960er Jahren errichteten Gedenkstein heimlich auf einen weit abgelegenen Abstellplatz bei einem Steinmetz zu entsorgen und zu zerstören. Allerdings hatte man nicht mit der Hartnäckigkeit unseres Kameraden Göhl gerechnet, der den Stein nach ausgiebigem Suchen wieder ausfindig machte. Er hatte es auch bewerkstelligt, dass nach intensiven Verhandlungen mit der hessischen Staatskanzlei eine Gedenktafel für die Opfer des Kommunismus für alle sichtbar an der Vorderfront des Regierungspräsidiums im Zentrum der Stadt angebracht wurde. Dafür gilt ihm unser Respekt! Der Standort und die Gedenktafel werden in Zukunft eine unserer Anlaufstellen sein, wenn es darum geht, die Würde und Anerkennung aller Opfer des Kommunismus in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Vielleicht sind meine negativen Erfahrungen in Rheinland-Pfalz und teilweise auch in Hessen nicht unbedingt repräsentativ und vergleichbar mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern. Aber die negative Entwicklung ist unverkennbar und muss uns Sorgen machen. Die Enttäuschung gegenüber der einst den Opfern der SED-Diktatur so wohlgesonnenen CDU/ CSU kann man freilich kaum in Worte fassen, wenn man bedenkt, dass in den 1950er Jahren selbst Bundeskanzler Adenauer es sich nicht hatte nehmen lassen, an einer VOS Generalversammlung teilzunehmen. Waren und sind wir wirklich nur die sprichwörtlichen Mohren, welche ihre Schuldigkeit getan haben? Oder gehört diese traurige Tendenz einfach zu den Folgen des alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Niedergangs und Verfalls bewährter Strukturen in Deutschland?

Gerd Franke, VOS-Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz

Siegmar Faust: „Wir sprangen vor Freude auf und umarmten uns“

Siegmar Faust lebte im Herbst 1989 im hessischen Friedberg. Als der Widerstand gegen das SED-Regime anwuchs, zog er nach Berlin um und erlebte den Beginn der Einheit auf spezielle Weise

Das Jahr des Mauerfalls = VOS-Zeitzeugen erinnern sich

Jedem Tag, und sei er noch so besonders, gehen andere Tage voraus. Und jeder Tag, und sei er noch so unbedeutend, hat seine Folgen. So sehr meine Freunde und Schicksalsgefährten wie ich den Untergang der DDR herbei wünschten, so hatten wir dennoch die Szenen brutaler Polizei- und Stasi-Gewalt besonders in Plauen, Leipzig, Dresden und Ost-Berlin vor Augen. Wir fragten: Kann es so grausam ausgehen wie ein halbes Jahr zuvor auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking? Der spätere Fünf-Wochen-Diktator Egon Krenz, der sich damals in Peking aufhielt, schien ganz begeistert von dem Terror gewesen zu sein.

Ich arbeitete damals als Chefredakteur der von der IGFM herausgegebenen Zweimonatszeitschrift "DDR heute", auf deren Vorderseite ich ab 1988 die Zeile „Die Mauer muss weg“ einschob. Das wies mich als "Entspannungsstörer" aus, denn erst 1987 hatten die Sozialdemokraten mit führenden SED- Genossen ein gemeinsames Papier verfasst, das unter der Überschrift "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" sowohl im Westen als auch im Osten publiziert wurde. Zwei Jahre vor dem Mauerfall legten also SPD und SED ein Grundwertepapier vor, in dem die Sozialdemokraten das Ziel der Wiedervereinigung praktisch aufgaben. "Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten", konnte man dort lesen, erkennen die "Existenzberechtigung" beider Seiten an. Dass dergleichen Phrasen, die mit der Wirklichkeit marxistisch-leninistisch begründeter Despotien wenig zu tun hatten, die Unterschrift sozialdemokratischer Grundwertehüter fand, war nicht nur Helmut Schmidt ein moralisches Gräuel.

Fünf Minuten vor zwölf wurde am 7. Oktober 1989 im Pfarrhaus zu Schwante von 40 bis 50 Leuten durchaus mutig die Sozialdemokratische Partei (SDP) gegründet und der SED und ihren untertänigsten Blockparteien die absolute Macht streitig gemacht. Die auf Entspannung programmierte SPD-Führung in Bonn erschrak, denn sie hielt die Destabilisierung der SED für den Gefahrenherd zur Auslösung eines Atomkriegs schlechthin.

Am 21./22. Oktober 1989 veranstaltete ich, assistiert von einem Historiker, der die DDR verlassen hatte, einen von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte finanzierten Kongress unter der Überschrift "Deutschland einig Vaterland?". Die Plakate hingen in der Stadt überall sichtbar aus. Da interessierte sich plötzlich der hessische Verfassungsschutz für mich. Die beiden Herren wunderten sich, dass ich keine Scheu hatte, sondern mich unbefangen mit ihnen unterhielt. Wussten sie nicht, dass ich durch insgesamt 17 Monate Stasi-Untersuchungshaft schon gut abgehärtet war?

Hochrangige Journalisten wie der stellvertretende Chefredakteur der WELT Günther Zehm waren ebenso aktiv anwesend wie der Journalist und Schriftsteller Ulrich Schacht, der 1951 sogar im sächsischen Frauenzuchthaus Hoheneck geboren und später selber zu 7 Jahren Zuchthaus wegen angeblicher "staatsfeindlicher Hetze" verurteilt worden war.

Das Publikum bestand aus rund 600 diskutierfreudigen Teilnehmern. Unter den Hauptreferenten im großen Saal war auch ein von der SPD gesandter Spitzenpolitiker Karsten Voigt, der sich dort noch offen dazu bekannte, Marxist zu sein und auch zugab, privat mit seinem Freund Egon Krenz gemeinsam mit ihren Familien Urlaub in der Hohen Tatra verbracht zu haben.

Ganz anders trat Enno von Loewenstern auf, der Journalist, der auch dreimal in Folge westdeutscher Tischtennismeister im Einzel wurde. Er sagte am 21. Oktober 1989 wörtlich: "Bis Weihnachten fällt die Mauer, und im nächsten Jahr gibt es die Wiedervereinigung." Sekundenlang herrschte Stille, aber dann setzte ein Sturm der Entrüstung ein, denn fast die Hälfte des Publikums bestand aus ehemaligen DDR-Bewohnern, die in die Prager Botschaft geflohen waren, alles stehen- und liegengelassen hatten und kürzlich erst mit Zügen im Westen angekommen waren. Sie setzten der kühnen Voraussage wütend entgegen: "Es gibt Bürgerkrieg, Chaos, Terror!"

Monate später fragten wir uns, wieso Enno von Loewenstern das 20 Tage vor dem Tag der Maueröffnung, so selbstsicher wissen konnte. Wir kamen zu dem Schluss, dass es kein Geheimwissen war, das er verbreitet hatte, sondern dass er lediglich die politischen Prozesse genau beobachtet und die Signale aus Moskau oder Washington richtig zu deutete verstanden hatte, was unseren unsensiblen oder in einer heilen Welt lebenden Spitzenpolitikern zumeist völlig abgegangen war.

Werner Obst, einst Wirtschaftsfachmann des DDR- Ministerpräsidenten Willi Stoph, der über Jugoslawien in den Westen abgehauen war, veröffentlichte 1986 das Buch „Der rote Stern verglüht“. Darin konnte er anhand kausaler Wirtschaftsdaten den bevorstehenden Zusammenbruch des bisherigen kommunistischen Systems exakt beschreiben. Das Ende sah er in der Sowjetunion aus wirtschaftlichen Gründen 1990 voraus.

Weiter nächste Seite oben

Und damit auch die deutsche Wiedervereinigung. Der Staatsphilosoph des westdeutschen Sonderbewusstseins, Jürgen Habermas, attestierte den mitteldeutschen Herbst-Revolutionären von 1989 von oben herab gehässig deren angeblichen "DM-Nationalismus", weil sie mit den Parolen "Wir sind ein Volk" und "Deutschland einig Vaterland" die deutsche Wiedervereinigung gewaltlos erzwangen. Die meisten Demonstranten wussten seit langem, dass das SED-Regime zu keiner Reform fähig war, doch die Bonner SPD- Führung meinte weiterhin stur, dass "die Frage der Nation (...) den Erfordernissen des Friedens untergeordnet" zu bleiben habe.

Ein vereintes Deutschland wurde erstmals zur Montagsdemonstration am 13. November 1989 in Leipzig gefordert. Einen Tag zuvor fand im Berliner Reichstag eine Abschlussveranstaltung der Pan-Europa-Jugend statt. In der Mittagspause an einem Currywurststand vor dem Reichstagsgebäude entdeckte ich einen relativ jungen Mann, der sich durch seinen Dialekt als Leipziger verriet. Er bestätigte, dass er am nächsten Abend wieder in Leipzig für das Neue Forum an der Montagsdemonstration teilnehmen würde. Ich fragte ihn, ob er für die deutsche Einheit sei, darauf er sagte, er persönlich ja, aber die Mehrheit im Neuen Forum eher nicht. Auf die Frage, ob er das auch öffentlich bekennen würde, sagte er ja und fragte: "Aber wie?" Ich schlug ihm Schillers Vers: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern" sowie den Vers aus der unter Honecker nicht mehr gesungenen Nationalhymne der DDR vor: "Deutschland, einig Vaterland". Ein mich begleitender und gut betuchter Herr aus Esslingen zückte aus seinem Brustbeutel einen 100-DM-Schein. (Im damaligen Wechselkurs waren das 1000 DDR Mark.) Am nächsten Abend saß ich mit Freunden erwartungsvoll vor dem Fernsehgerät. Sehr ausführlich wurde von Leipzig berichtet, aber nichts ... Hurra! Ganz am Ende in den ZDF-Nachrichten wurde plötzlich ohne Kommentar ein breites, von zwei Personen getragenes Transparent mit der wichtigen Zeile "Deutschland einig Vaterland" eingeblendet. Wir sprangen vor Freude auf und umarmten uns. Dann wollten wir es noch einmal eine Stunde später in den ARD-Nachrichten sehen. Wieder die gleichen Bilder und ganz am Ende stand wieder die gut zu lesende Losung: "Deutschland einig Vaterland", dieses Mal jedoch mit dem Kommentar des Nachrichtensprechers unterlegt: "Damit wurde das Ende der friedlichen Demonstration eingeläutet." Wir waren fassungslos.

Die im Westen rasch bekannt gewordenen Bürgerrechtler des Neuen Forums wollten weder eine Wiedervereinigung noch die Beseitigung des Sozialismus. Sie glaubten vorerst noch immer an einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz". Lediglich der Bürgerrechtler und Dichter Lutz Rathenow gab damals zu bedenken, ob es denn Sinn mache, wenn man in der DDR eine Demokratie anstrebe und es dann zwei deutsche demokratische Staaten nebeneinander geben solle.

„Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind“, hieß es bei einigen Bürgerrechtlern.

Am 28. November 1989 wurde in Ost-Berlin der Aufruf „Für unser Land“ mit 31 Erstunterzeichnern veröffentlicht. „Noch haben wir die Chance", hieß es darin, "in gleichberechtigter Nachbarschaft zu den Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“ Das konnte neben einer weiteren Million von DDR-Funktionären sogar der SED-Generalsekretär Egon Krenz unterschreiben.

Immerhin stellte am 28. November 1989 Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede sein Zehn-Punkte-Programm vor, das von der Möglichkeit der deutschen Einheit sprach. Doch die Demonstranten besonders in Sachsen waren da schon einige Schritte voraus.

Das gehört alles zu den Umrankungen dieses großen Tages, der erneut in die Geschichte einging, denn der 9. November anderer Jahrgänge steht für schlimmere Ereignisse in den Geschichtsbüchern. Ich verbrachte den Abend des 9. Novembers 1989 zu Hause in meiner erst kürzlich bezogenen Wohnung in der ehemaligen Freien Reichsstadt Friedberg und hatte Besuch von meiner Kollegin Gabriele Eckart, die mittlerweile in den USA lebte und dort geheiratet hatte. Sie war in Deutschland zu Besuch und durfte nicht wieder einreisen, weil erst überprüft wurde, ob das auch keine Scheinhochzeit war. Deshalb musste sie mehrere Tage ins amerikanische Generalkonsulat Frankfurt/Main, und da ihre Eltern im Vogtland wohnten, bot ich ihr mein Gästezimmer an, was sie gern annahm. Am Abend saßen wir vor meinem kleinen Schwarz-Weiß-Fernsehgerät, weil wir uns beide natürlich sehr dafür interessierten, was in unserer mitteldeutschen Heimat vor sich ging.

So sahen wir auch die erste internationale Pressekonferenz mit dem SED-Politbüromitglied Günter Schabowski, der fast eine Stunde lang in seinem typischen Parteichinesisch über Fragen zu Reformen der Partei, Wirtschaft und Gesellschaft schwafelte. Erst kurz vor 19 Uhr stellte der italienische Journalist Riccardo Ehrman eine Frage, die das neue Reisegesetz betraf. Nach einer ausschweifenden Antwort kamen endlich die entscheidenden Worte: "Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen."

"Das trifft nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich", stammelte Schabowski.

Ein Raunen ging durch den Saal. Der damalige BILD-Reporter, Peter Brinkmann, hakte nach: Ab wann das neue Gesetz gelten solle? Nun begann Günter Schabowski äußerst missmutig in seinen Zetteln zu blättern, die ihm der Honecker-Nachfolger Egon Krenz in der vorherigen Sitzung des Zentralkomitees zugesteckt hatte.

Nächste Seite oben

„Das trifft nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich", stammelte Schabowski. Und damit begann wohl das bislang folgenreichste Versehen der deutschen Fernsehgeschichte, denn Schabowski hatte in der Eile die Sperrfrist übersehen. Denn eigentlich sollte die Nachricht erst ab vier Uhr früh des nächsten Tages im DDR-Rundfunk verkündet werden. Bis dahin hätten auch die DDR-Grenzoffiziere diese Nachricht erhalten. Doch nun waren sie noch nicht informiert, während der damals bekannte Moderator Hanns Joachim Friedrichs um 22.42 Uhr in den ARD-Tagesthemen meldete: "Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind, die Tore in der Mauer stehen weit offen."

Die Bilder, wie die ersten in den Westen strömten, sich heulend umarmten, nein, diese bewegenden Szenen wird man nie vergessen. Natürlich liefen uns vor dem Fernsehgerät ebenfalls die Tränen, als wären wir selber dabei gewesen.

Das rief vor allem in Berlin eine brenzlige Situation hervor, denn der Schießbefehl war noch nicht aufgehoben worden, doch die Massen setzten sich nun in Bewegung. Zehntausende Ost-Berliner stürmten noch in der Nacht zu den Grenzübergängen und forderten unter Berufung auf Schabowski deren Öffnung. Erst gegen 23.30 Uhr wurde schließlich an der Bornholmer Brücke die erste Sperre geöffnet – eigenmächtig durch einen Oberstleutnant. Die Mauer war damit erst einmal durchlässig, bis sie kurz darauf von Mauerspechten beklopft wurde und bald nur noch zur Abräumung bereit stand.

Erst später erfuhr ich, dass noch drei weitere Haftbefehle gegen mich ausgestellt worden waren.

Es war schwer, am nächsten Tag noch einen Flug nach Berlin zu bekommen, doch ich hatte Glück. In Berlin traf ich im Mauermuseum am Checkpoint Charlie meinen zweiten Sohn Mario aus erster Ehe. Als ich nach meiner Haftentlassung 1976 nach dem Westen freigekauft worden war, waren meine Söhne fünf, sechs und sieben Jahre jung. 13 Jahre später war Mario neunzehn und nun einen Kopf größer als ich. Auch zu meinen beiden anderen Söhnen konnte bald wieder ein herzliches, familiäres Verhältnis entstehen.

Da ich nicht mehr in die DDR einreisen und nicht einmal die drei Transitautobahnen zwischen Berlin und Westdeutschland benutzen durfte, versuchte ich gegen den Strom, der sich von Ost nach West ergoss, über den Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße in den Osten zu gelangen. Vor mir waren ein paar Westdeutsche, die ziemlich schnell abgefertigt wurden. Bei mir dauerte es etwas länger, doch dann ließen mich die Leute in Grenztruppenuniform, nachdem ich noch das Eintrittsgeld von 25 DM bezahlt hatte, anstandslos in die andere Stadthälfte.

Mehr wollte ich eigentlich nicht, nur ausprobieren, ob sie mich wieder hinein lassen in ihr Arbeiter-und-Bauern-Paradies. Ich lief kurz die Straße entlang, langweilte mich schnell an den Zuständen, die ich noch allzu gut kannte und ging wieder zurück, ohne das Eintrittsgeld ausgegeben zu haben.

Doch bei der Rückkehr in den Westteil dauerte es noch länger. Es wurde telefoniert, aber ich konnte nichts verstehen. Immerhin erlaubte man sich keine Leibesvisitation mehr. Erst später erfuhr ich, dass noch drei weitere Haftbefehle gegen mich ausgestellt worden waren, weil ich in Berlin-West und später in Westdeutschland weiterhin gegen die DDR "staatsfeindlich gehetzt" hätte. Wer konnte damals schon ahnen, dass ich später einmal mit dem gewandelten Günter Schabowski befreundet sein würde und mit ihm zwischen München und Hamburg Aufklärung besonders in Schulen betreiben dürfte?

Der aus Cottbus stammende Journalist Thomas Kittan fand im Archiv der SED noch den Brief vom 28. November 1989 eines Generaloberst Schwanitz, der Egon Krenz vorgeschlagen hatte, solche Prominenten wie Wolf Biermann, Reiner Kunze oder die Professoren Hermann von Berg und Wolfgang Seiffert wieder in die DDR einreisen zu lassen, aber nicht Jürgen Fuchs, Ralph Hirsch, Roland Jahn und mich. Eine bedeutendere Würdigung wurde mir bisher in meinem Leben noch nicht zuteil.

Siegmar Faust
Foto:Internet / facebook
Der Beitrag wurde aus Platzgründen leicht gekürzt

Anm.: *Siegmar Faust hat nach Mauerfall und Wiedervereinigung viel für die Aufarbeitung des SED-Unrechts getan. Er hatte mehrere offizielle Funktionen inne und ist nun schon mehrere Jahre im Ruhestand. Viele Betroffenen verfolgen seine Text-Beiträge, in denen er sich ehrlich und unerschrocken mit Vergangenem und Gegenwärtigem auseinandersetzt. Bevor die Mauer fiel, hat er unermüdlich aus der Perspektive des ehemaligen politischen Häftlings in der Bundesrepublik Aufarbeitung und Wissensvermittlung betrieben.*
Bundesvorstand und Redakteur danken ihm für den vorstehenden Beitrag. Fazit: Weiter so! ARK

Tagebuch der kritischen Gedanken: Meinungsfreiheit

Früher in der DDR gab es keine öffentliche Meinung, weil der Staat jedes Denken und Reden reglementierte und vorschrieb. Wer etwas Falsches sagte, wurde gerügt und eventuell sogar eingesperrt. Heute und hier gibt es diese öffentliche Meinung, durch die viel kritisiert wird. Allerdings, wer sich nicht daran hält, wird selbst kritisiert, beschimpft oder geächtet.

Valerie Bosse

Acht Jahre Lagerhaft in einer Vielzahl von Stationen

N a c h r u f

Dr. Hans-Curt von Pannwitz
*** 22. April 1929 in Breslau,**
+ 6. Juli 2019 in Ramelsloh

Der sowjetische Geheimdienst verhaftete am 26. 10. 1945 u. a. alle Schüler der humanistischen Klosterschule in Roßleben (Unstrut), die größer als 1,65 m waren, darunter den 16jährigen Hans-Curt. Ein Militärtribunal in Halle/Saale sprach Terrorurteile. Die Haftstationen von Hans-Curt: Querfurt/Halle/Alt-Strelitz/Sachsenhausen/Rußland/Bautzen/erneut Sachsenhausen/Luckau (von dort im Januar 1954 in die Bundesrepublik Deutschland entlassen). Dort holte er – nach mehr als acht Jahren unmenschlicher Haft unter den Kommunisten – mit enormer Willenskraft das Abitur nach und studierte Jura.

Dr. Hans-Curt v. Pannwitz arbeitete als Jurist im Bankbereich. Das Bundesfinanzministerium reaktivierte ihn während der politischen Wende aus dem Ruhestand; er beteiligte sich an der Abwicklung der Staatsbank der DDR und saß für einige Jahre im Vorstand der Deutschen Kreditbank (als erste private Bank der DDR im März 1990 gegründet).

Am 16.1. 2007 führte Dr. Andreas Weigert mit ihm ein mehrstündiges zeit- bzw. lebensgeschichtliches Interview (dessen Video-Dokumentation im Luckauer Niederlausitz-Museum einsehbar ist).Das Foto zeigt Dr. Hans-Curt v. Pannwitz bei seiner freien Rede am 16. März 2014 während unserer Gedenkveranstaltung in Luckau.

Sowjetischen Soldaten in Speziallagern, die selbst unter Repressalien aufgewachsen waren, hatte er längst verziehen, nicht jedoch brutalen den „Volkspolizisten“ in Luckau.

Er war Rechtsritter des Johanniterordens und bis ins hohe Alter tätig im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland sowie in der Hamburger Homann-Stiftung (soziale Projekte für benachteiligte Menschen).

Dr. Hans-Curt von Pannwitz gehörte zu den menschlich angenehmsten Mitgliedern unserer Arbeitsgemeinschaft und deren wichtigsten Förderern.

Unser Kamerad schlief nach sehr schmerzhafter Erkrankung friedlich daheim bei seiner Felicitas ein. Vorstand und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bewahren ihm ein ehrendes Andenken.

Reinhard Klaus, Lagergemeinschaft Sachsenhausen
Bundesvorstand der VOS

Einzelfälle und Falschdarstellungen

Ein Buch über eine geschönte DDR, das bis heute aktueller denn je ist

Beim Aufräumen in meiner Bibliothek habe ich ein Buch gefunden, das ich nur jedem DDR-Geschädigten empfehlen kann: Jens Hacker „Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen“ (1992). Das 616 Seiten starke Werk liest sich, auch heute noch, wie ein Kriminalroman. Der Verfasser (1933 bis 2000) wurde in Kiel geboren und vertrat das Fach Politikwissenschaft an der Universität Regensburg.

Nehmen wir uns einmal das Kapitel „Publizistische Fehlurteile über die DDR“ (S. 394 bis 408) vor. Da wird ein Journalist „gewürdigt“, der mit seinem Buch „Die DDR ist keine Zone mehr“ (1969) dafür gesorgt hat, dass diese DDR, die nach wie vor eine blutige Diktatur war, in einem milderen Lichte erschien und ihre Verbrechen verschwiegen oder entschuldigt wurden. Hans Werner Schwarze (1924 bis 1991) war Fernsehjournalist für das ZDF und erfand 1971 die TV-Serie „Kennzeichen D“, die er bis 1982 auch selbst redaktionell leitete. Obwohl das Buch zu den „wohlwollendsten Analysen der DDR“ (Jens Hacker) zu zählen war, wurde es von DDR-Politikern als „Revanchismus in Reinkultur“ bezeichnet.

Die DDR schönzureden, das scheint in den letzten Jahren vor dem Mauerfall eine ansteckende Journalistenkrankheit in Westdeutschland gewesen zu sein. So berichtet Carola Stern, bis zur Flucht 1951 SED-Funktionärin an der Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow bei Berlin, in ihrer Autobiografie „Doppelleben“ (2001), dass es in ihrer Redaktion beim Westdeutschen Rundfunk üblich war, nicht allzu „Unfreundliches“ über die Zustände im SED-Staat zu berichten. Hier ließe sich eine ganze Reihe weiterer Namen wie Klaus Bölling, Günter Gaus oder Peter Merseburger nennen.

Ich möchte hier nur noch ein Erlebnis anführen, das ich im Oktober 1972 an einem Kasseler Gymnasium hatte. In der Aula referierte ich vor den Oberklassen über DDR-Literatur und wurde anschließend vom Fachlehrer für Deutsch und vom Schulrektor als „Entspannungsfeind“ beschimpft. Als ich meine drei Jahre im Zuchthaus Waldheim erwähnte, rief der Deutschlehrer: „Das sind doch nur Einzelfälle!“. So kann man es auch sehen, egal dass es solche „Einzelfälle“ sozusagen massenweise in der DDR gegeben hat …

Jörg Bernhard Bilke

Gerechtigkeit schaffen. Und mehr?

Nicola Beer von der FDP antwortet auf ein Schreiben von Karl-Heinz Genath, in dem es um die finanzielle Besserstellung der SED-Opfer geht:

Gerechtigkeit für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu schaffen, das ist auch uns Freien Demokraten ein Anliegen- Dieses Thema haben wir bereits in der Vergangenheit engagiert verfolgt. So ist damals unter der schwarz-gelben Regierung die Aufstockung der Zuwendungen und Renten für Haftopfer und politisch Verfolgte auf den Weg gebracht worden.

(Das Schreiben wurde an Linda Teuteberg weitergeleitet. Es musste für die Fg aus Platzgründen gekürzt werden)

Als Opfergruppe in die Zeitungsrubrik „Vermischtes“ abgeschoben

VOS-Landesgruppe Thüringen kämpft für eine geschichtlich korrekte Wahrnehmung der SED-Opfer in der Öffentlichkeit und für die soziale Besserstellung der Betroffenen

Am 4. Mai 2019 wurde durch die Bezirksgruppenvorsitzenden der VOS-Landesgruppe Thüringen ein neuer Landesvorstand gewählt. Ihm gehören als Landesvorsitzender Kamerad Matthias Katze sowie als stellvertretende Landesvorsitzende Kameradin Gisela Meier und Kamerad Jürgen Fuhrmann an. Der neue Landesvorstand steht vor wichtigen Aufgaben, die beherzt und couragiert angegangen werden müssen und zum Teil schon angegangen wurden.

Wichtig, und deshalb muss es an erster Stelle erwähnt werden, ist der Dank an Kamerad Wolf Meier (der leider sehr schwer erkrankt ist) und an Kameradin Gisela Meier. Beide haben die VOS-Landesgruppe durch schwierige Zeiten geführt; ja man muss sagen, dass es das Verdienst der beiden ist, dass die VOS-Landesgruppe Thüringen überhaupt noch in dieser Form existiert.

Wir hatten hier schwere interne Auseinandersetzungen, sind aber noch 110 Mitglieder

Unbedingt, und dies soll durchaus in unserer Freiheitsglocke erwähnt werden, muss auch den Bezirksgruppenvorsitzenden für ihre stille, aber unermüdliche Arbeit gedankt werden.

Wir hatten hier schwere interne Auseinandersetzungen, auf die jedoch nicht näher eingegangen werden sollte. Die Probleme sind inzwischen überwunden, wir können uns wieder unseren eigentlichen satzungsmäßigen Aufgaben zuwenden.

Derzeit gehören dem VOS- Landesverband Thüringen 110 Mitglieder an. Wir werden wegen der oben genannten internen Schwierigkeiten möglicherweise eine „kleine Austrittswelle“ erleben. Damit können wir jedoch leben. Schwierigkeiten bereitet uns hingegen unsere Situation als Verfolgtenverband: Wir haben innerhalb des Freistaates Thüringen unsere Schwierigkeiten, uns als Opfer auszuweisen. In der Öffentlichkeit werden wir nicht wahrgenommen. Höchstens in der Zeit um den 17. Juni. Aber auch das ist keine große Sache.

Ein Beispiel: Die Gedenkveranstaltung der VOS-Landesgruppe Thüringen fand traditionsgemäß vor der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße statt. In diesem Jahr in Gemeinschaft mit dem Thüringer Landtag.

Das ist der neue Arbeitsstil

Laut Schätzung von offizieller Seite nahmen etwa 150 Menschen daran teil. In der Presse war nur ein kurzer achtzeiliger Text mit einem nichtssagenden Bild unter der Rubrik "Vermischtes" zu finden, gleich neben den Berichten über angetrunkene Autofahrer. Wir regen uns darüber nicht auf, sondern überlegen, was wir tun können, dass wir nächstes Jahr mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Das ist der neue Arbeitsstil!

Unsere Kameraden erwarten vom neuen Landesvorstand, und dafür haben sie uns ihr Vertrauen ausgesprochen, dass wir ihre, genauer gesagt unsere, umfassenden Interessen und Anliegen vertreten und das so effektiv wie möglich. Das ist uns Verpflichtung.

A und O bleiben die direkten Treffen der Kameraden. Sie sind der Herzschlag unserer Arbeit, die Organisation obliegt weiter den Bezirksgruppenvorsitzenden. Auch wenn ich mich wiederhole, herzlichen Dank den Kameraden für die bisherige gute Arbeit.

Es geht um eine Opferrente, die genauso zu sein hat wie die der ehemaligen Mitglieder der letzten DDR- Regierung

Ein weiteres, unverzichtbares Standbein unserer Arbeit ist die Beratung und Betreuung von Kameradinnen und Kameraden, aber auch von Nichtmitgliedern in den berechtigten Anliegen der Durchsetzung von Rehabilitationsansprüchen.

Leider gibt es in Thüringen Fälle, wo dieser Anspruch vor Gericht, auf Kosten der Betroffenen, erstritten werden muss. Ein skandalöser Vorgang ohnegleichen! Selbstverständlich werden wir hier im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen und einschreiten. Hier muss aber auch erwähnt werden, dass es von Seiten staatlicher Einrichtungen sowie anderen Aufarbeitungsinitiativen Versuche gibt, uns diese Beratung und Betreuung, da sie angeblich „nicht ausreichend qualifiziert“ wäre, auszureden. Das weisen wir strikt zurück. Beratung und Betreuung sind für uns ein nicht diskutierbares Thema.

In der Öffentlichkeit und bei Gesprächen mit offiziellen Stellen betonen wir immer wieder unsere Forderungen nach einer tatsächlichen Erhöhung der Opferrente.

Es kann doch nicht sein, dass Betroffene retraumatisiert werden

Diese „Zuwendung“ hat genauso zu sein wie die der Mitglieder der letzten DDR- Regierung; nach der sofortigen angemessene Entschädigung für die in den Zuchthäusern und Arbeitslagern der "DDR" verrichteten Zwangsarbeit der politischen Gefangenen; nach Vereinfachung der Beantragung der Rehabilitation nach den SED- Unrechtsbereinigungsgesetzen; nach der Beweislastumkehr bei medizinischer Rehabilitation (es kann doch nicht sein, dass Betroffene retraumatisiert werden); nach spürbarer gesellschaftlicher Anerkennung ehemaliger Verfolgter …

All diese Forderungen könnt ihr auf unserer Webseite: http://vos-landesgruppe-thueringen.de nachlesen. Mehr noch: Stellt in euren Landesverbänden auch diese Forderungen. Man wird euch von verantwortlicher Seite her sagen: „Ja, das ist Bundesrecht und das ist Landesrecht!" Stimmt, aber auch eine Landesregierung hat vom Grundgesetz her Möglichkeiten, in die Bundesgesetzgebung einzugreifen. Formuliert, so unser Hinweis, „nach den gegebenen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten".

Wir müssen, so lautet die Erfahrung in Thüringen, selbst unsere Stimme erheben. Es macht keiner für uns, und warum sollen wir andere für uns sprechen lassen, wenn wir das ansonsten auch selbst können. → *nächste Seite oben*

Wenn andere uns dabei ehrlich unterstützen wollen, dann nehmen wir diese Unterstützung sehr gerne an. Hier in Thüringen spricht man allgemein, auch innerhalb der Staatsregierung und der Behörden, aber auch in den Institutionen der Aufarbeitung, von SED-Unrecht, von Opfern, bestenfalls von Opfergruppen. Um Missverständnissen prinzipiell vorzubeugen, sei hier eingefügt: Wir betrachten jegliche Form von Leidzufügung von Menschen an Menschen, egal welche Hintergründe, sei es politischer Art, sei es weltanschaulicher Art oder wer weiß was noch als "Begründung" herhalten musste und muss, als absolut moralisch verwerflich, menschenfeindlich und verabscheuungswürdig, wir kämpfen, aufgrund unserer eigenen Erfahrungen immer wieder mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen an.

„Wir werden uns den Herausforderungen stellen."

Wir schließen auch prinzipiell keinen einzigen Betroffenen, egal was er für eine politische, konfessionelle oder anders geartete Einstellung hatte oder hat, davon aus. Von diesem Standpunkt weichen wir nicht ab, haben wir es doch selber in den Zuchthäusern, Arbeitslagern und anderen Einrichtungen des sich selbst so benannten "sozialistisch-humanistischen Strafvollzugs" erlebt, wie Bedienstete, die sich auf Grund ihrer ideologischen Einstellung als "Sieger der Geschichte" und weil sie sich als Vertreter einer, der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, verstanden, unschuldige Menschen quälten, erniedrigten und nicht wenige in den Selbstmord getrieben haben. Wir haben das nicht vergessen, auch wenn viele heute noch darunter leiden und viele sehr, sehr lange geschwiegen haben, weit über den Geltungsbereich des zu DDR-Zeiten angeordneten strafrechtsbewährten Schweigegebotes (dafür gab es den berüchtigten § 106 StGB "Staatsfeindliche Hetze") hinaus. Unsere Kameraden sehen es nicht ein, dass sie in der Öffentlichkeit fast schlagartig ihrer besonderen Biographie beraubt werden, auch wenn man, und das wird als Gegenargument kommen, eine "Würdigung innerhalb der Opfer" des SED- Regimes vornehmen würde. Unsere Kameraden erwarten, dass ihre Lebensleistung nicht nur in einer Art Neben- oder Ergänzungssatz innerhalb eines sehr allgemein und beliebig zu interpretierenden Opferbegriffes gewürdigt wird. Dafür setzen wir uns als Landesvorstand ein.

Liebe Kameraden, dies war nur ein ganz kleiner Einblick in die Arbeit, die innerhalb der VOS-Landesgruppe Thüringen geleistet wird. Wenn ich alles schreiben würde, was uns bewegt und wofür wir uns im einzelnen einsetzen wollen, müsste der Bundsvorstand eine komplette, vermutlich erweiterte Extra-Ausgabe unserer Freiheitsglocke genehmigen und vor allem finanzieren.

Noch einmal, ich danke ausdrücklich allen Kameradinnen und Kameraden für die bisher geleistete Arbeit, wir werden uns auch weiterhin den Herausforderungen (wir sprechen nicht von Schwierigkeiten), die die heutige Zeit zunehmend mit sich bringt, stellen.

Matthias Katze, Vorsitzender der VOS-Landesgruppe Thüringen
Foto © ARK

Nichts hat sich gebessert

Keine Fortschritte bei der Rente?

✉ Ich gehöre zu jenen, denen es gesundheitlich noch recht gut geht, die jedoch zu wenig Rente beziehen, weil sie zu den 300.000 Betrogenen im Zuge des RÜG gehöre. Nach dem Tod des leider zu früh verstorbenen Kameraden Wolfgang Mayer gibt es leider keine Protest-Demos mehr in Berlin. Wolfgang Mayer hatte diese gemeinsam mit Wolfgang Graetz organisierte.

Auch die Deutsch-Rumänen gehen nun auch auf die Barrikaden, was man in einem Artikel der Banater Zeitung vom 3. Juli 2019 erfahren kann. Mein Verein IEDF und die VOS informieren seit etwa zwei Jahrzehnten den Bundestag und hunderte Politiker. Doch nichts ändert bzw. verbessert sich.

Dass wir nicht ins RÜG für Beitrittsbürger gehören, hatte schon Ottmar Schreiner der Bundesregierung aufs Brot geschmiert! Damals war die SPD noch eine Volkspartei und auf der Seite der Rentenbetrogenen, die für die DDR- Erwerbszeiten nur 0,6 Entgeltpunkte erhalten. Ist das die Strafe für die Widerstände gegen die SED-Diktatur, also für Sträflinge, Freigekaufte, Ausreiseantragsteller? Die willfährigen DDR-Systemträger dagegen leben heute recht gut. Das ist vielleicht die Belohnung für 40 Jahre Opportunismus zur Diktatur.

Die letzte Volkskammer der DDR sah das noch anders und beschloss, dass diese Klientel nur Mindestrente kriegen sollte. Die Zeiten und die Verhältnisse haben sich geändert. Leider nicht zu unseren Gunsten. *Fr. Schaarschmidt*

Das wäre durchaus eine Bereicherung

Werden Psychiatrie-Opfer als Zeitzeuge ausgegrenzt?

Lothar Tiedtke von Koß, der in der DDR schwere Repressalien erlitt, kämpft um die Aufnahme ins Zentrale Zeitzeugen-Büro. Hierzu begründet er: In meiner Biografie "Mundtot" ist der Missbrauch eindeutig abgehandelt." Sein Buch ist nicht nur ein fesselnder Augenzeugenbericht, sondern er würde als Vertreter dieser Opfergruppe das Bild des geschehenen SED- Unrechts erweitern. *Hugo Diederich*

N a c h r u f

Nach langer schwerer Krankheit verstarb am12. Juni unser von uns allen geschätzter Kamerad Wolf-Peter Rubner.

Kamerad Rubner hat unserem Verband mehrere Jahrzehnte angehört und sich vor allem in der Arbeit und Organisation der Bezirks- und Landesgruppe Hessen/ Rheinlandpfalz aktiv eingebracht.

Im Rahmen der bundesweiten Arbeit der VOS ist er insbesondere den Delegierten der Generalversammlungen in guter Erinnerung.

Hier bekleidete er mehrfach das Amt des Wahlleiters und trat somit die direkte Nachfolge unserer verdienten Kameraden Sigurd Binski, Helmut Stelling und Bernd Pieper an. Er versah diese Aufgabe mit großer Gewissenhaftigkeit und Übersicht. Sein Tod trifft uns hart, und unser Mitgefühl gilt in diesen Tagen seinen Angehörigen. Bei den Kameradinnen und Kameraden war Kamerad Rubner wegen seiner außerordentlichen Hilfsbereitschaft und stets erlebbaren Freundlichkeit sehr beliebt.

Er gehört zu den verstorbenen Kameraden, die wir sehr vermissen werden. Das Gedenken an ihn werden wir bewahren, solange es diesen Verband und die Aufarbeitung des SED-Unrechts gibt.

Im Namen der
Landes-und Bezirksgruppe
Hessen/Rheinland-Pfalz
Arno Selten
Sowie der Bundesvorstand
der Vereinigung der
Opfer der Stalinismus

Das Zitat:
Es ist nicht zu wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist zu viel Zeit, die wir nicht nutzen
Lucius Annaeus Seneca

Hat dieses Verhalten mit Bürgernähe zu tun?

Bündnis 90 / Die Grünen geben keine Antwort

Obwohl als Einschreiben in die Post gegeben, hat unser Kamerad Karl-Heinz Genath, der seit Jahren für bessere Leistungen für die SED-Opfer kämpft, weder vom Vorstand noch von der Bundestagsfraktion eine Antwort bekommen. In jeweils zwei Schreiben (vom 22.03. und 21.05 2019) setzte sich Kamerad Genath für die soziale Besserstellung der SED-Opfer ein (Erhöhung und Dynamisierung der Opferrente, Gleichstellung mit NS-Opfern).

In einem weiteren Schreiben vom 18. Juli 2019 brachte sich Karl-Heinz Genath erneut in Erinnerung, indem er die Frage stellte, warum sich ausgerechnet B‘90/ Die Grünen, die sich auch aus den Reihen des ehemaligen Neuen Forums gegründet haben, nicht zu den gestellten Fragen äußern wollen. Er wies darauf hin, dass ebenfalls angeschriebene Behörden oder Politiker sich keineswegs in derart befremdender Weise verhalten hätten.

Hier wurde einer der Redner nicht genannt

Thiemann-Gedenkveranstaltung mit gutem Ergebnis, aber unvollständiger Rednerliste

Trotz des guten Verlaufs und der inhaltlichen Dichte ist nachzutragen, dass der umfassende Beitrag zum Gedenken an Ellen Thiemann in der Fg-Ausgabe 799/ 800 nicht ganz vollständig war.

In dem ausführlichen Artikel wurde nicht erwähnt, dass neben mehreren wichtigen Rednerinnen und Rednern der Landesvorsitzende der VOS in NRW Felix Heinz Holtschke ebenfalls eine kurze, spontane, weil unangekündigt und daher unvorbereitet, kurze Rede gehalten hatte.

Durch sein unverschuldet verspätetes Eintreffen konnte Kamerad Holtschke auch nicht auf das gemeinsame Foto der Anwesenden aufgenommen werden.

Der Fg-Redaktion liegen diese Informationen erst nach dem Hinweis von Kamerad Holtschke vor.

Redaktion/ Bundesgeschäftsführer

Marx und Engels nur missverstanden?

Die Stadt Neubrandenburg ehrt den Erfinder des Kommunismus. Warum?

Die Stadt Neubrandenburg würdigt das Lebenswerk von Karl Marx mit der Wiederaufstellung des Marx-Denkmals in ihrem Zentrum. Viele meinen, seine Ideen sind im 20. Jahrhundert beim Aufbau und zur Rechtfertigung von Diktaturen lediglich missbraucht worden. Viele stellen auch heraus, das kommunistische Manifest gehöre zum UNESCO-Weltkulturerbe, deshalb müsse man Marx ehren.

Im Manifest der kommunistischen Partei, steht schwarz auf weiß: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz der bisherigen Gesellschaftsordnungen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution erzittern.“ (MEW 4, 493). Nimmt man diesen und weitere Texte von Marx und, sehe ich Berge von Leichen und Ströme von Blut in den ehemaligen und aktuellen kommunistischen Ländern. Muss man nicht blind sein, wenn man verkennt, dass sich Verbrecher wie Stalin, Mao ... auf solche Werke berufen konnten. Die Stadt Neubrandenburg hat bei der Aufstellung des Denkmals keinen Opferverband der SBZ- bzw. DDR-Diktatur beteiligt. Zeugt das von Unsicherheit und einem schlechten Gewissen? *André Rohloff*

Anm.: *Soweit bekannt, haben weder Marx noch Engels die Stadt Neubrandenburg nie besucht und sie auch nicht in den 46 Bänden MEW erwähnt.* *H. Diederich*

Foto: *Marx-Büste im Highgate-Friedhof in London (© ARK)*

Ihre Namen waren bislang auf keiner Gedenktafel zu finden

Ein grausiger Fund erinnert an die Gewalttaten unserer einstigen „Befreier“ und deren Helfer

Dass keineswegs alle Verbrechen der Sowjets aus der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgeklärt sind, zeigen die nachfolgend aufgeführten Ergebnisse intensiver Nachforschung. Hinweise wurden bereits in der Freien Presse im Jahr 2002 (Ausgabe vom 2. November) gegeben, aber von offizieller Seite kaum beachtet. Dabei muss man davon ausgehen, dass mit den hier entdeckten Opfern längst nicht alle hingerichteten und unbeachtet verstorbenen Haftkameraden aufgefunden wurden. Die Todesarten, wie sich herausstellte, bedürfen der weiteren Aufklärung.

Wir sind für die Mühe und Unbeirrtheit dankbar, die sich Kamerad Rümmler bei der Aufklärung der nachfolgend aufgeführten Schicksale gemacht hat.

Anhand von Recherchen in meiner Heimatregion sind mir 13 Todesopfer bekannt geworden, die in den GPU-Kellern der sowjetischen Geheimpolizei um ihr Leben gekommen sind. Die Opfer haben sich nachweislich im Gewahrsam der Operativen Gruppen des NKWD befunden und waren nicht in ein Speziallager überführt worden. In drei Fällen war der Tod infolge der Verweigerung lebensnotwendiger Medikamente eingetreten, in drei Fällen handelte es sich um Strangulationen, und in sieben Fällen berichteten überlebt habende Häftlinge von an den Opfern begangener grausamer Folter.

Im Amtsgericht Freiberg sind als umgekommen nachgewiesen:

- Arno Kunze, Wirtschaftsbesitzer in Reichenbach (Information: G. Wyschkon)
- Adolf Sauer, Fabrikbesitzer in Brand-Erbisdorf (Information: K. von Koch)
- Gerhard Müller, Bürgermeister in Langenau (Information: G. Trommler)
- Heinz Rüger, Angestellter in Mulda (Information: A. Börner)

In Brand-Erbisdorf sind während ihrer NKWD-Haft umgekommen:

- Albert Schaarschmidt, Glasmacher in Brand-Erbisdorf (Information: T. Schaarschmidt)
- Oswald Walther, Fleischermeister aus Brand-Erbisdorf (Information: U. Docecal)
- Rosa Walther, Hausfrau in Brand-Erbisdorf (Information: U. Docecal)

Im Amtsgericht Dippoldiswalde sind nachgewiesen:

- Paul Bellmann, Eisenbahner in Rechenberg (Information: F. Kircheis)
- Paul Lehmann, Arbeiter in Bienenmühle (Information: F. Härtwig)
- Josef Seidel, Rechenberg (Information: M. Porstendorfer)
- Paul Helbig, Reichenau (Information: D. Schaller)

Im Landgericht Chemnitz-Kaßberg ist nachgewiesen:

- Albert Ahnert, Gutsbesitzer in Kleinhartmannsdorf (Information: J. Eckert)

Im Amtsgericht Annaberg- Buchholz ist nachgewiesen:

- Lothar Pöpel, Forstmeister in Neudorf/Erzgeb. (Information: D. Müller-Römer)

Nun besteht die Hoffnung, wenigstens dem NKWD-Opfer Alfred Ahnert ein ihm gebührendes Gedenken zukommen zu lassen. Zurzeit sind auf dem Gelände des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz Bauarbeiten im Gange, bei denen zwei Gefängnisflügel zu Wohnungen umgebaut und ein Flügel als Gedenkstätte eingerichtet werden soll. Den Ausstellungsplanern habe ich neun Schicksalsberichte von ehemaligen NKWD-Häftlingen, die auf dem Kaßberg schlimmes Leid erfahren mussten, übergeben, darunter auch den Bericht über Albert Ahnert.

Der Bauer Albert Ahnert war im Januar 1946 ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Er wurde dem NKWD auf dem Chemnitzer Kaßberg übergeben und ist dort in seiner Zelle verstorben, weil ihm die Einnahme lebensnotwendigen Medikamente verweigert wurde. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist er irgendwo auf dem Gefängnisareal verscharrt worden.

Im Herbst 2002 wurden bei Bauarbeiten auf dem Kaßberg im Bereich des ehemaligen NKWD- Gefängnisses acht Skelette gefunden. Vermutlich war eines davon das Skelett von Albert Ahnert. Die Toten waren schon einmal zu DDR-Zeiten gefunden und verscharrt worden. Das konnte ich auf Fotos erkennen, die mir im Juni 2011 von der Staatsanwaltschaft auf dem Kaßberg gezeigt wurden

Nun durchwühlen seit Mai 2019 wiederum Bagger das Gefängnisgelände. Vielleicht werden die acht Skelette dabei zum dritten und letzten Male achtlos beiseitegeschoben. Als ich einen dort eingesetzten Baggerfahrer über die unter der Erde liegenden acht Skeletten informierte, erschrak dieser zutiefst. Niemand hatte ihn bisher darauf aufmerksam gemacht.

Klaus Rümmler, VOS-Bezirksgruppe Freiberg/Sa.

Opferrente: Bitte auch für „Sonderfälle“ einsetzen

Ein berechtigter Appell

Bitte bei den weiter anstehenden Verhandlungen für die Entschädigungen ehemalige politischer Häftlinge auch die Interessen und Ansprüche bisher nicht berücksichtigter Fälle ansprechen. Aus meiner Sicht wären zu beachten:

1. Voraussetzung für die Gewährung der Opferrente (zurzeit 300 Euro sollte der Nachweis der Bescheinigung § 10, Abs. 4 des HHG sein. Wie kann es sein, dass ich nach fast 11 ½ Jahren Haft (1963 bis 1974) keine Opferrente erhalte, da die Bezirksregierung Düsseldorf meinen Antrag abgelehnt hat?
2. Ähnlich geht es Alexander Wiegand, der 129 Personen in den Westen geschleust hat. Auch er hat die Bescheinigung nach HHG 10/4. Ihm wurde sozusagen zum Verhängnis, dass er in der damaligen CSSR inhaftiert war.

Haben wir weniger gelitten als andere Häftlinge, und würde die Opferrente für uns wenige Ausnahmefälle die Staatskasse so sehr belaste? *Herbert Kühn, NRW*

Der Widerstand in Wort und Gedanken war riskant und strafbar

Hafterinnerungen verbunden mit der Beschreibung einer kranken und krankhaften Diktatur

Buchveröffentlichungen von VOS-Mitgliedern sind wahrlich nicht die schlechtesten, denn sie sind authentisch und haben den Charakter echter Zeitdokumente. Nach Bernd Pieper, Barbara Große, den inzwischen verstorbenen Xing hu Kuo Benno Prieß und Ellen Thiemann, nach den vielen Büchern von Alexander Richter-Kariger oder Siegfried Müller sowie etlichen anderen hat sich nun auch unser Kamerad Dr. Peter Joachim Lapp entschlossen, seine Haftgeschichte in Buchform zu kleiden und diese den Leserinnen und Lesern zugänglich zu machen. Unterstützt wurde er von der VOS, die gemeinsam mit dem first-minute Verlag, wo das Buch erschienen ist, als Herausgeber aufgetreten ist. Auch hier handelt es sich um ein Zeitdokument von hohem Anspruch, denn der Autor hat sehr genau wiedergegeben, wie und warum er am 1. April 1960, vor fast 60 Jahren, verhaftet worden ist und wie sein Gerichtsverfahren und die Haftzeit verlaufen ist. Durch die Dokumente, die ihm nach der Öffnung der Stasi-Akten zugänglich gemacht wurden, bekam er auch einen Einblick in die Anordnungen und Planungen des MfS und konnte auch den erhalten gebliebenen Briefwechsel nachverfolgen. Zudem erwies sich Kamerad Dr. Lapp als ein Autor mit gutem Erinnerungsvermögen, der das Dokumentierte mit den eigenen gedanklichen Notizen zu verbinden vermochte.

Wie war das damals?

Peter Lapp, gerade erst 18 Jahre, will sich im thüringischen Rudolstadt im Kino einen Film ansehen, als er vor dem Eingang festgenommen wird. Mit einer Limousine schafft man ihn in die nächste Bezirksstadt nach Gera, wo man ihn – wir kennen das alle noch – durchsucht und festsetzt. Gleich darauf geht es zum Vernehmer, die Verhöre setzen ein, ein unangenehmer, unsympathischer Stasi-Mann nimmt ihn, ein schmales, schüchternes Bürschchen, derb in die Mangel und versucht im üblichen Überfallmodus ein breites Geständnis aus ihm herauszuholen. Jeder, der das selbst erlebt hat, weiß, wie es einem in und nach dieser Situation gegangen ist. Man war auf eine Art froh, spät abends allein in einer Zelle zu sein, aber man war auch total verzweifelt, man trug sich mit den Gedanken an Hungerstreik und Suizid, und man grübelte über das „Delikt" nach, das einem offenbar zum Verhängnis geworden ist. Die Fragen, wer hat mich verraten, was weiß die Stasi über mich, welche Strafe habe ich zu erwarten, stellen sich unaufhörlich, man wird sie nicht los. Und doch ist es wichtig, dass immer wieder davon berichtet wird, dass die Schicksale nicht vergessen und verharmlost werden.

Zur selben Zeit, da Peter Lapp bei der Stasi schmort, stellt ein Kommando von Helfern die Wohnung der Großeltern in Rudolstadt auf den Kopf. Die Formulierung ist nicht nur sinnbildlich gemeint, denn der Täter-Trupp reißt bei der Suche nach Waffen (!) den Fußboden auf, krempelt die Schränke um und durchwühlt Kommoden und Truhen. Die alten Leute, bei denen der 18-Jährige, dessen Mutter in Niedersachsen wohnt, lebt, sind zu Tode erschrocken, wie sie dann auch im weiteren Verlauf unter dem blinden Terror einer blind agierenden Staatsmacht zu leiden haben und der Großvater, der mit all seinen Mitteln für die Freilassung des Enkels kämpft, erschöpft und gramvoll stirbt. Es ist, von außen und in der Rückschau betrachtet, ein Drama, in dem Menschenrechte und Menschenleben nichts zählen und zu dem man aus heutiger Sicht fragen muss: Wem hat diese Diktatur genützt, warum musste es diesen Staat geben?

Das Delikt, das man Peter Lapp vorhält, ist auf den ersten Blick gewaltig. Der 18-Jährige ist der Anführer einer Untergrund-Bande, die sich „Widerstandsgruppe Deutschland" nennt. Er hat, Lehrling im zweiten Lehrjahr, drei Gleichaltrige „angeworben" und ein Programm mit 13 Punkten ausgearbeitet, in dem die Sowjetarmee, die NVA, die Volkspolizei und die Funktionäre der Zone als Feinde bezeichnet werden, die es zu bekämpfen gilt. Die Mitglieder der Gruppe haben einen Eid geschworen und ihr gemeinsames Programm mit Blut unterzeichnet.

All das liest sich wie ein Abenteuer bei Tom Sawyer, und doch bringt es Peter Lapp 4 ½ Jahre Haft ein, die er fast vollständig verbüßt. Vergleicht man das Urteil mit den Strafen für Josef Flade oder Manfred Smolka, so ist das niedrig. Und doch: hier ist nichts geschehen, außer dass ein paar Jugendliche gedanklich mit dem Kommunismus kollidiert sind. Es ist ein Stück Sozialismus, wie es viele oft genug erleben mussten. *B. Thonn*

Peter Joachim Lapp: **Zuchthausjahre** / *Ein Strafgefangener in der DDR / Zeitzeugen-Bericht* / firstminute Taschenbuchverlag 2019. ISBN 978-3-932805-81-3, Preis: 18 Euro
Zu beziehen in der Bundesgeschäftsstelle der VOS oder im Buchhandel.

Diese Nachricht erschüttert uns alle sehr

Unsere Kameradin Rosel Werl stirbt im Juli mit nur 68 Jahren

Für uns alle völlig unfassbar verstarb am 26. Juli im Alter von gerade erst 68 Jahren unsere Kameradin Rosel Werl. Gerade erst hatte sie es geschafft, dass in Chemnitz das Gedenken an die bis dato Unbekannten von Hoheneck und Waldheim einen Namen bekamen und in einer Feierstunde geehrt wurden. Dies war eine von vielen Aktivitäten, mit der sie sich unser aller Anerkennung erworben hat.

Rosel Werl stammte aus dem thüringischen Steinbach-Hallenberg, sie wurde in Suhl beim MfS inhaftiert und beim Bezirksgericht Meiningen nach Paragraf 99 zu zwei Jahren und drei Monate Haft verurteilt. Davon verbrachte sie von 1982 bis 1983 im Strafvollzug, ehe sie per Freikauf in den Westen gelangte. In der VOS gehörte sie seit 1987 der Bezirksgruppe Karlsruhe an.

Wie sehr sie geschätzt wurde, wie beliebt sie war, ist im spontan verfassten Nachruf von Konstanze Helber nachstehend nachzulesen.

Rosel Werl war eine ganz besondere Frau, eine ehemalige Hoheneckerin, die ihr erlittenes Unrecht in der Haft nicht ruhen ließ. In all den Jahren war sie unterwegs, hat sich engagiert, damit die Geschichte der Frauen von Hoheneck nicht in Vergessenheit gerät. Ihr ganzes Engagement galt der Errichtung der Namenstafel für die vielen verstorbenen Frauen und Männer in Hoheneck und Waldheim. Sie hat es geschafft, dass diese Menschen endlich mit ihrem Namen eine würdige Stätte in Chemnitz am Ehrengrab der Hoheneckerinnen erhalten. Es ist so tröstlich, dass sie das noch erleben konnte. Ihre Krankheit war schwer und unberechenbar und unaufhaltsam. Ihr Tod macht uns alle über die Maßen traurig, denn eine gute Freundin aus unserem Süddeutschen Freundeskreis der ehemaligen Hoheneckerinnen ist nicht mehr da. Liebe Rosel, wir werden dich nie vergessen und die Erinnerung an dich in unseren Herzen bewahren.

Konstanze Helber

Achtung Spender

Dieser Ausgabe liegt kein Spendenformular bei. Spenden sind jedoch auf Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50** unter **IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01, BIC: PBNK DEFF**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Bundesgeschäftsführer

Wir trauern um

Manfred Stolzenberg	**Bezirksgruppe Prenzlau**
Hartmut Heuschkel	**Bezirksgruppe Leipzig**
Wolfgang Thamm	**Bezirksgruppe Berlin**
Hans Fritz Willi Klemm	**Bezirksgruppe Bremen**
Bernd Zarneckow	**Bezirksgruppe Ulm**
Wolf-Peter Rubner	**Bezirksgr. Hessen- Rheinl./Pfalz**
Hans Lüder	**Bezirksgruppe Magdeburg**
Hans-Michael Hering	**Bezirksgruppe Eisenach**
Rosel Werl	**Bezirksgruppe Karlsruhe**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Mit Anstrengung und Bewusstsein gemeinsam durch die Geschichte

Mauerweglauf bleibt für Historiker und Sportler attraktiv

Unter dem hoffnungsgebenden Motto „Grenzenlos laufen“ wurde vom 16. bis zum 18. August auch in diesem Jahr zum Wettbewerb entlang der ehemalige Grenze zwischen West-Berlin und der DDR eingeladen. Diese Veranstaltung ist und bleibt eine Herausforderung für Sportlerinnen und Sportler aus mehreren Erdteilen. Die etwa 100 Meilen lange Strecke hat es zum einen leistungsmäßig in sich, zum anderen erinnert sie an viele Einzelschicksale von Maueropfern, aber sie gilt zugleich als Mahnung, das wahre Gesicht des Sozialistischen Staates DDR und der Moskauer Kreml-Junta nicht zu vergessen oder schönzufärben.

Wieder meldeten sich etliche Aufarbeitungsinitiativen und Verbände, darunter auch einige VOS-Mitglieder, ehrenamtlich als Streckenposten, um die Läuferinnen und Läufer verpflegungsmäßig und gegebenenfalls auch medizinisch zu betreuen.

Großen Einsatz zeigte wie immer das Forum zur Aufarbeitung der DDR- Geschichte Brandenburgs, das einen dieser Stützpunkte übernommen hatte. Platzierungen, Laufzeiten und Berichte sind auch diesmal im Internet nachzulesen.

Valerie Bosse/ Hugo Diederich

Wart auf mich …

Ein Haftgedicht von Horst Kirchner

Wart' auf mich; ich komm' zurück.
Warte, Liebste, warte immerzu
Warte, wenn die Dämmerung
In den zarten Zweigen ruht,
Warte, wenn der Schneesturm tobt!
Warte, wenn der Sommer glüht!
Warte, wenn die andern Frau'n
Längst des Wartens müd'.
Warte, wenn auch ewig lang
Dich kein Brief von mir erreicht
Warte, bis auf dieser Welt
Nichts mehr deinem Warten gleicht.
Wart' auf mich; ich komm' zurück.
Nur der Zukunft tönt mein Lied!
Warte, Liebste, wenn des Nachts
Bleich und voll dein Busen glüht.
Warte, wenn in dunkler Nacht
Niemand übers Haar dir streicht.
Warte, wenn auch wochenlang
Qual und Angst dein Herz zerreißt.
Wart' auf mich; ich komm' zurück.
Stolz und kalt hör zu,
Wenn verführerisch ein andrer spricht:
„Zwecklos wartest du!"
Warte, wenn die Eltern alt,
gramgebeugt sind und verhärmt.
Wart', wenn man zu Tisch sich setzt,
und man meingedenkend schmaust und lärmt.
Trink' nicht mit, Geliebte, warte noch;
Mutig, stark, allein.
Wart' auf mich, ich komm' zurück.
Einmal, einmal kommt der Tag
Wo Du stolz im heißen Glück
Alles, alles überragst. Warte auf mich …

Das vorstehende Haftgedicht schickte der Verfasser Horst Kirchner aus dem Gefängnis Bautzen an seine Frau Mag. pharm. Christa Maria Kirchner. Er war 1946 zusammen mit ihr wegen angeblicher „Spionage und antisowjetischer Propaganda" verhaftet und zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, wovon er zehn Jahre in Torgau und Bautzen verbringen musste. Christa Kirchner wurde als „Internierte" nach Sachsenhausen gebracht, brachte dann die gemeinsame Tochter Barbara zur Welt und wurde mit ihr nach vier Jahren entlassen. Horst wurde nach zehn Jahren amnestiert und sah dann erst seine Tochter zum ersten Mal. Sein Wiederanfang im sich total veränderten Journalismus war zunächst sehr schwer, er ging ein Jahr nach New York als Korrespondent und arbeitete danach als Redakteur beim Springer-Verlag in Hamburg und später bei der Illustrierten Quick und Stern in München. Horst Kirchner starb 2005 in Salzburg. Christa Kirchner lebt heute 95-jährig in Salzburg und steht unserm Verein zu dem jährlichen Treffen immer als Zeitzeugin zur Verfügung. Sie hat zwei Bücher geschrieben denen dieses Gedicht entnommen ist. Tochter Barbara lebt in Berlin und ist ebenfalls immer wieder für die VOS tätig. Die Gedichte und Bücher wurden bisher nicht veröffentlicht. *Christa Maria Kirchner/ Fg*

Das Gedicht wurde der Redaktion aufgrund der Anzeige von Siegmar Faust in der vorigen Freiheitsglocke zugesandt. Der Redakteur dankt für die Zusendung.

Nächste Ausgabe: Ein Gedicht von Cristian Lappe (USA)

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de) , eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 803/ 804 erscheint Sept. / Oktober 2019
Redaktionsschluss der FG 801/802 am 31. Juli 2019